

DER ROTE HELFER

B.Z. am Mittag

Nr. 7
Berliner Zeitung
49. Jahrgang

Verlag: Julius & Otto, Berlin, Unter den Linden 10
Druck: Julius & Otto, Berlin, Unter den Linden 10
Postamt: Berlin, Unter den Linden 10
Telefon: 11 250 - 11 251

1 Uhr
Donnerstag
16. Januar 1928

Liebtuecht auf der Flucht erschossen Kofa Eugemburg von der Menno getölet

Verleut der
Doppeltra



Auch diese Mordde
noch nicht gesühnt!

Den großen Toten des Januar!

Und wieder jähren sich die Tage, an denen losgelassene Mordbanditen die Besten des deutschen Proletariats, unseren **Karl Liebknecht** und unsere **Rosa Luxemburg** hinhmeuchelten. Diese Mordtaten sind immer noch ungesühnt; die Mörder laufen noch immer frei herum. Wir denken immer daran, wir werden es nie vergessen! In den Januartagen, am 21. Januar 1924 starb **Wladimir Iljitsch Lenin**. Am 29. Januar 1919 starb **Franz Mehring**.

Den großen Toten des Jahres ist diese Seite unseres „Roten Helfer“ gewidmet.

Karl Liebknecht.

„Zuchthaus! Verlust der Ehrenrechte! Nun wohl! Ihre Ehre ist nicht meine Ehre! Aber ich sage Ihnen: **kein General trug je eine Uniform mit soviel Ehre, wie ich den Zuchthauskittel tragen werde.**

Ich bin hier, um anzuklagen, nicht — um mich zu verteidigen. Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg ist für mich die Lösung! — **Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!**“

(Schlußwort Karl Liebknechts vor dem Kriegsgericht am 23. August 1916. Das Urteil lautete auf vier Jahre einen Monat Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust.)

Rosa Luxemburg.

„Ach, Sonitschka, ich habe hier einen scharfen Schmerz erlebt, auf dem Hof, wo ich spaziere, kommen oft Wagen vom Militär, voll bepackt mit Säcken oder alten Soldatenröcken und Hemden, oft mit Blutflecken... die werden hier abgeladen, in die Zellen verteilt, geflickt, dann wieder aufgeladen und ans Militär abgeliefert. Neulich kam so ein Wagen, bespannt, statt mit Pferden, mit Büffeln. Ich sah die Tiere zum ersten Male in der Nähe. Sie sind kräftiger und breiter gebaut als unsere Rinder, mit flachen Köpfen und flach abgebogenen Hörnern, die Schädel also unseren Schafen ähnlicher, ganz schwarz, mit großen, sanften Augen. Sie stammen aus Rumänien, sind Kriegstrophäen... die Soldaten, die den Wagen führen, erzählen, daß es sehr mühsam war, diese wilden Tiere zu fangen und noch schwerer, sie, die an die Freiheit gewöhnt waren, zum Lastdienst zu benutzen. Sie wurden furchtbar geprügelt, bis daß für sie das Wort gilt „vae victis“

... An hundert Stück der Tiere sollen in Breslau allein sein, dazu bekommen sie, die an die üppige rumänische Weide gewöhnt waren, elendes und karges Futter. Sie werden schonungslos ausgenutzt, um alle möglichen Lastwagen zu schleppen und gehen dabei rasch zugrunde. — Vor einigen Tagen kam also ein Wagen mit Säcken hereingefahren, die Last war so hoch aufgetürmt, daß die Büffel nicht über die Schwelle bei der Toreinfahrt konnten. Der begleitende Soldat, ein brutaler Kerl, fing an, derart auf die Tiere mit dem dicken Ende des Peitschenstieles loszuschlagen, daß die Aufseherin ihn empört zur Rede stellte, ob er denn kein Mitleid mit den Tieren hätte! „Mit uns Menschen hat auch niemand Mitleid“, antwortete er mit bösem Lächeln und hieb noch kräftiger ein... Die Tiere zogen schließlich an und kamen über den Berg, aber eins blutete... Sonitschka, die Büffelhaut ist sprichwörtlich an Dicke und Zähigkeit, und die war zerrissen.

Die Tiere standen dann beim Abladen ganz still erschöpft und eins, das, welches blutete, schaute dabei vor sich hin mit einem Ausdruck in dem schwarzen Gesicht und den sanften schwarzen Augen, wie ein verweintes Kind. Es war direkt der Ausdruck eines Kindes, das hart bestraft worden ist und nicht weiß, wofür, weshalb, nicht weiß, wie es der Qual und der rohen Gewalt entgegen soll... ich stand davor und das Tier blickte mich an, mir rannen die Tränen herunter... es waren seine Tränen, man kann um den liebsten Bruder nicht schmerzlicher zucken, als ich in meiner Ohnmacht um dieses stille Leid zuckte. Wie weit, wie unerreichbar, verloren die freien, saftigen, grünen Weiden

Rumäniens! Wie anders schien dort die Sonne, blies der Wind, wie anders waren die schönen Laute der Vögel oder das melodische Rufen der Hirten. Und hier — diese fremde, schaurige Stadt, der dumpfe Stall, das ekelerregende muffige Heu mit faulem Stroh gemischt, die fremden, furchtbaren Menschen, und — die Schläge, das Blut, das aus der frischen Wunde rinnt... O, mein armer, geliebter Bruder, wir stehen hier beide so ohnmächtig und stumpf und sind nur eins in Schmerz, in Ohnmacht, in Sehnsucht. —“

Aus: Rosa Luxemburg, Briefe aus dem Gefängnis.

Franz Mehring.

„Es ist aber nicht der böse Wille der Menschen, sondern der Zwang der ökonomischen Umstände, der aus der bürgerlichen Rechtspflege eine Klassenjustiz macht. Als „juristischer Ueberbau“ der „ökonomischen Struktur, welche die heutige Gesellschaft hat, kann sie gar nicht anders sein. Und mit der ökonomischen Entwicklung dieser Gesellschaft wird sich der Klassencharakter ihrer Justiz immer noch viel einseitiger und schärfer ausprägen: das alte Wahrwort jeden Klassenstaates; daß man die kleinen Diebe hängt, aber die großen Diebe laufen läßt, muß heutzutage immer noch viel wahrer werden. Einerseits, weil sich die Methoden der kapitalistischen Korruption immer mehr, wie man es nun auffassen will,

verfeinern oder vergähren, weil sie sich immer mehr den großen Maschen des Strafgesetzbuches entziehen und danach immer dreisteren Anspruch auf „Korrektheit“ erheben; andererseits, weil die ökonomische Entwicklung des Rekrutierungsbezirks des Richterstandes immer enger auf die reichsten, das will sagen interessiertesten Schichten der besitzenden Klassen einschränkt. — So wächst unaufhaltsam der Zwiespalt zwischen der Rechtsprechung der Gerichte und dem Rechtsbewußtsein der Massen und in diesem Zwiespalt sehen wir das Grab der bürgerlichen Rechtspflege gähnen.“

Aus: Mehring „Bürgerliche Rechtspflege“, Nr. 21 XI. Jahrgang, 1. Band, 1892—93.

Wladimir Iljitsch Lenin.

„In allen Ländern der Welt, auch in den vorgeschrittensten, „freiheitlichsten“ bürgerlichen Republiken, herrscht der Terror der Bourgeoisie, besteht keine Freiheit der Agitation für die sozialistische Revolution, keine Freiheit der Propaganda und Organisationsarbeit gerade nach dieser Richtung.“

Aus: „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 4/5, 1920, Lenin: Die Aufgaben der Dritten Internationale.



Wladimir Iljitsch Lenin

Zeichnung vom Altmann

Despotie am Njemen*)

Von Dr. Kurt Hiller

Gestört wird unser Beschreiten der Linie Berlin—Kowno—Moskau durch die derzeitigen litauischen Regierungsmethoden. Als Woldemaras vor einem Jahre das Koalitionskabinet Slezevicius (Liaudininkai, Sozialdemokraten, nationale Minderheiten: 50 Mandate von 85) durch Putsch stürzte, hatte seine Partei (Tautininkai) drei Sitze im Sejm inne. Sie wird sich inzwischen kaum populärer gemacht haben. An der Macht hielt sie sich durch ein in diesem Ausmaß fast unvergleichliches Wüten gegen ihre politischen Gegner. Mussolini ist dagegen liberal. Die Angaben über die Zahl der Hingerichteten und der Gefangengesetzten schwanken. Die höchsten Zahlen geben nicht die Kommunisten (deren Partei übrigens seit Gründung dieses Staates verboten ist, also illegal wirkt), sondern interessanterweise die Liaudininkai an, die Partei des freisinnigen Kleinbauerntums und der freisinnigen Stadt-Intelligenz. Danach betrüge die Zahl der Erschießungen seit dem Staatsstreich etwa vierzig, einschließlich der gesetzwidrigen, heimlichen („auf der Flucht“), und die Gesamtzahl der Verhaftungen etwa tausend; darunter sollen sich einige vierhundert Liaudininkai, einige dreihundert Sozialdemokraten, einige zweihundert Kommunisten oder des Kommunismus Verdächtige befinden und sogar ein (mindestens ein!) christlicher Demokrat. Die Sozialdemokraten geben die Zahl der Hingerichteten mit zwanzig an, bei siebzig Todesurteilen (also fünfzig Begnadigungen, meist zu lebenslänglichem Zuchthaus); mein kommunistischer Gewährsmann sprach von „nur“ elf legalen Hinrichtungen, und zwar seien zehn Kommunisten und ein Sozialdemokrat erschossen worden. Die Hälfte vor, die Hälfte nach dem Tauroggener Putsch — der vermutlich das Werk von Lockspitzeln war. Die Ziffer der politischen Gefangenen bemaß mein Illegaler auf rund vierhundert, wovon die etwas größere Hälfte Kommunisten und Sympathisierende seien.

Nehmen wir selbst die niedrigste dieser Zahlen an und transponieren wir sie auf Deutschland, mit seiner rund dreißigmal größeren Bevölkerungsziffer: so ergäbe sich, daß, nach einem erfolgreichen Rechtsputsch bei uns, die Machthaber 330 politische Gegner hingerichtet und 12 000 politische Gegner in Zuchthäusern, Gefängnissen, Festungen geworfen oder in Konzentrationslager gesperrt hätten. Diese Zahlen, will mir scheinen, haben es in sich.

Die Prozesse erfolgen meist vor den Feldgerichten; Zuziehung eines Verteidigers: verboten. Auch kein Offizialverteidiger wird gestellt. Nichtmal ein Staatsanwalt fungiert; die Offiziere des Gerichts sind Ankläger und Richter zugleich. Man vermag sich vorzustellen, wie Das wütet! Ein Zwanzigjähriger wurde zum Tode verurteilt, bloß weil man einige kommunistische Proklamationen bei ihm gefunden hatte; Wunders genug, daß er zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt“ wurde. Drei Reichsdeutsche (Schwindt, Sakautzky, Pöhls) wurden, weil sie aus Tilsit, mit amtlichem Uebertrittsschein, kommunistische Wahlflyerblätter ins autonome Memelgebiet brachten, wo die „linke Arbeiterpartei“ legal

im Wahlkampf stand, zu 3 bis 6 Jahren Zuchthaus verurteilt und sitzen im Kerker zu Kowno. Als ich Herrn Woldemaras diesen Fall vortrug und einen Gnadenakt anregte, erklärte er, er wisse von nichts („Woldemaras“ heißt, scheint's, auf deutsch „Hase“), und der deutschen Gesandtschaft stehe frei, sich an ihn zu wenden. Was, wie ich sehr bestimmt hoffe, sehr bald geschehn wird. (Man gab mir in der Gesandtschaft die angenehm berührende Auskunft, daß man sich um deutsche Reichsangehörige kümmern werde, einerlei, in welcher politischen Richtung sie arbeiteten.)

Gegen wen auch kein leibster Tatverdacht einer hochverräterischen Handlung vorliegt, sondern nur der Verdacht einer mißliebigen Gesinnung, der wird nicht vors Gericht gestellt, sondern er kommt in das entlegene Konzentrationslager von Worny. Auf Zeit; Maximum: drei Monate. Aber die Entlassenen werden oft nach einigen Tagen neu eingefangen; so umgeht man das Gesetz. Das Essen ist schlecht; die Leute frieren. Schicken Angehörige Pa-



Kurt Hiller

kete mit Lebensmitteln, Wäsche, Kleidungsgegenständen über das allerbescheidenste Maß hinaus, so heißt es: „Das schickt Moskau!“, und der Empfänger wird noch übler künioniert als zuvor. Man schlägt die Gefangenen. Man mißhandelt sie in der fürchterlichsten Weise. Die Soldateska tobt sich aus. Auf eine Beschwerde hin sandte die Regierung einen sozialdemokratischen Staatsanwalt nach Worny; als er das Protokoll aufnehmen wollte, erklärten die Beschwerdeführer, die Mißhandelten, ihnen sei nichts geschehen, von Mißhandlungen sei keine Rede; so eingeschüchert waren sie. Hätten sie Klage erhoben — man hätte sie halbtot geschlagen. Der Staatsanwalt mußte unverrichteter Sache wieder abziehen. Dese Geschichte hörte ich übereinstimmend zweimal: aus Kreisen der Opposition . . . und aus Woldemaras' eigenem Munde. „Was soll die Regierung da machen?“ fügte er achselzuckend hinzu. „Das Konzentrationslager auflösen!“ empfahl ich. Er versprach mir, von den 180 Gefangenen, die zurzeit dort seien, 80 demnächst zu entlassen. Das Lager bereite der Regierung sowieso keine Freude; es sei ein Herd kommunistischer Agitation; die

Bolschewisten steckten die Andern sämtlich an. (Gegenseitige Besuche sind dort zulässig; wenn auch keine systematischen Diskussionen und Schulungszusammenkünfte; auch dürfen nur parteilose Zeitungen gelesen werden!)

Die Gewerkschaften sind teils aufgelöst (die linken), teils auf dem Papier noch gestattet. Tatsächlich haben auch die gemäßigeren ihr Wirken einstellen müssen. Die Büros liegen verödet; Jeder, der sich dort sehen ließe, müßte befürchten, verhaftet zu werden.

Die Zeitungen erscheinen unter Vorzensur; d. h. die Opposition muß schweigen. (Unter dem Vorwand, zu reden.)

Die Straßen müssen nachts um ein Uhr geräumt sein. Wer nach eins angetroffen wird, wird verhaftet; er könnte Proklamationen haben ankleben wollen!

Das Tollste aber ist der Betrieb in den Untersuchungsgefängnissen. Da werden Geständnisse, da werden Bezichtigungen Dritter erpreßt — nicht nur durch Schläge, sondern auch durch Drücken der Fingerknochen; zwischen die Bleistifte geklemmt sind (ein irrsinniger Schmerz, sagt man), und: durch den elektrischen Strom. Die grauenvolle Kunde vom elektrischen Stuhl, den zu inquisitorischen Zwecken die christlich-demokratische Regierung vor Jahren eingeführt habe, der von der linken Koalitionsregierung dann abgeschafft worden sei und von den Sbirren der Tautininkai jetzt wieder angewandt werde, flattert wie eine Fledermaus durch die Gassen. Niemand wagt, mir, dem Fremden, auf meine Frage, ob es das wirklich gebe, mit vorbehaltlosem „Ja“ zu antworten; keiner möchte — unter den Drohungen dieser Diktatur! — behaupten, was er nicht beweisen kann; aber die ernsthaftesten Oppositionspolitiker haben mir erklärt; die Möglichkeit, ja, Wahrscheinlichkeit dieses Verfahrens zur Erpressung von Aussagen, die man wünscht, könnten sie ehrlicher Weise nicht in Abrede stellen. Die Sache stimmt also. System Boston, aber nicht ganz tödlich.

Auch sind die Gefängnisse natürlich sämtlich überfüllt. Das von Kowno faßt normal sechshundert Gefangene. Während der letzten Monate war es mit tausend bis vierzehnhundert belegt. Welche Folgen für die Hygiene! Die Tuberkulose greift um sich. Das sind Torturen, kaum weniger gräßlich als die, denen man die Untersuchungsgefangenen aussetzt.

Und alles aus Angst vor dem Bolschewismus; aus Besitzangst. Angst vor dem Bolschewismus war der Grund des Staatsstreichs der Tautininkai — der Grund oder, wie die Opposition einmütig versichert, der Vorwand. Als Motiv der Machtergreifung bliebe dann nur die nackte Machtlüsternheit übrig — eine etwas schwache Erklärung. Wahr ist freilich, daß auch das demokratische Kabinet Slezevicius nicht daran gedacht hatte, die Kommunistische Partei zu legalisieren; daß andererseits selbst Woldemaras den litauisch-russischen Vertrag nicht annulliert hat. Er sucht sich außenpolitisch auf eine Macht zu stützen, die er innenpolitisch furibund verfolgt —; nirgends wird die Unklarheit seiner Politik so klar wie an dieser Stelle. Die nächsten Monate, vielleicht die nächsten Wochen schon werden zeigen, ob Litauen sich nicht zwischen den Warschauer und den Moskauer Stuhl gesetzt hat. Genf entschied in Wahrheit nichts.

*) Mit freundlicher Genehmigung des Verlages nachgedruckt aus der „Weltbühne“ Nr. 51 vom 20. XII. 1927.

Terror im Dunkeln. Von Professor Dr. Alfons Goldschmidt.

Schrecklich hat der Terror in den kleinasiatischen Ländern gewütet, die auf dem Wege nach Persien und Indien liegen und im imperialistischen Kampf um das Petroleum heute eine außerordentlich wichtige Rolle spielen. Ganz abgesehen davon, daß europäische Großmächte diese Länder entgegen dem Versprechen der sogenannten Selbstbestimmung vergewaltigt haben und heute noch vergewaltigen, sind diese Mächte auch vor keiner Brutalität zurückgeschreckt. Als **Syrien**, das lange und vergeblich auf die Zusagen Frankreichs vertraute, im Jahre 1920 seine Unabhängigkeit proklamierte, schickten die Franzosen den General Gouraud mit 70 000 Mann, der Syrien einfach als Rebellenland behandelte, und in entsetzlicher Weise Damaskus bombardierte. Obwohl seiner Zeit Meldungen über diese Schrecknisse durch die europäische Presse gingen und obwohl von vielen Seiten dagegen protestiert wurde, sind die damals geschehenen Dinge doch nicht in ihrem ganzen Umfange bekannt geworden. Europa weiß bis heute noch nicht, daß 115 Kinder unter 5 Jahren ermordet wurden, daß man 70 Dörfer zerstört hat, wodurch 25 000 Frauen, Kinder und Greise obdachlos wurden. Damaskus, die Märchenstadt, von der wir in unserer Jugend geträumt haben, wurde schrecklich verwüstet.

„Ich zitiere Ihnen ein Beispiel, das einem Rapport eines ehemaligen Kolonialverwalters entnommen ist. Dieser Rapport wurde durch Herrn M. J. Renaître in mehreren Zeitungen Frankreichs veröffentlicht. Hier der Text von dem, was dieser Kolonialverwalter geschrieben hat:

„Ich klage Herrn Hutin, ehemals Oberst; heute General, Kommandant der Ehrenlegion, an, die Plünderung der Faktorei von Molanda angeordnet und an dieser Plünderung teilgenommen zu haben. (Die gestohlenen Objekte sind bekannt: Er hat Kisten mit Früchtegelee für seinen persönlichen Gebrauch zurückbehalten, Gemälde, Jagdpatronen, Karabiner, Brownings, kostbare Stoffe usw. Es scheint, daß man sich dort leicht bereichert.)

Der Berichterstatter fügt bei:

„Ich klage den Offizier und Verwalter des Magazins von Queso an, im Februar 1915 ein Verbrechen begangen zu haben, um das Geständnis eines Diebstahls von 500 Franken zu erpressen. Er beschuldigte seinen Burschen, diese Summe entwendet zu haben. Um zu wissen, wo das Geld versteckt war, läßt er ihn entkleiden, seine Hoden auf einen Tisch legen, und zermalmt sie ihm mit einem Hammer einen der Hoden. Der Bursche verlor das Bewußtsein. Man ließ ihn wieder zu sich kommen und bedrohte ihn, ihm auch den zweiten Hoden zu zermalmen, wenn er nicht gestände, wo sich das Geld befinde.“

„Ich klage den Chefadjutanten des Postens von Bania an, daß er sich einen Häuptling des Stammes Gana vorführen ließ, der sich weigerte, anzugeben, wo sich die Mausergewehre befanden, die durch seine Leute den deutschen Deserteuren abgenommen wurden. Und ich klage diesen Adjutanten an, eine Hand des Häuptlings Gan zwischen zwei Platten einer Kopierpresse zermalmt zu haben, ihn „schikanieren“ zu haben (mit Messerklingen gepeitscht). Er ließ die Wunden mit Honig füllen und setzte ihn der Sonne und den Stichen der Bienen aus.“



Der weiße Terror wütet in Niederländisch-Indien! Nach der Hinrichtung werden die Leichen der gehängten Revolutionäre sofort beerdigt.

Wir fragen mit dem Vertreter der schwarzen Rasse: „Wer zittert nicht bei dem Gedanken, daß Franzosen des 20. Jahrhunderts noch solche Schreckenstaten begehen, die des dunkelsten Mittelalters würdig wären?“

Das syrische Volk ist durch den Terror verarmt und hat bis heute vergeblich in alle Welt um Hilfe gerufen.

In ganz **Afrika**, wohin nur die Europäer gekommen sind, sind terroristische Akte gegen die wehrlosen oder primitiv bewaffneten Neger geschehen und noch heute wird bei der kleinsten Gelegenheit Gewalt angewendet. Man wird sich noch an die Grausamkeiten des Zulukrieges erinnern, der eine der sogenannten furchtbaren „Strafexpeditionen“ war, an denen die Kolonialgeschichte überreich ist. Man hat in Afrika den Stämmen Eigentum, Recht, Führer weggenommen, man hat die Neger dem Fieber und der Tuberkulose ausgesetzt, hat sie in Städte verschleppt, in die Minen gelockt, wo viele von ihnen zu Grunde gingen. Wie in **Holländisch-Indien**, gibt es auch in **Kolonialafrika** Gesetze, die denjenigen mit schweren Strafen bedrohen, der durch Schrift, Handlung, öffentliche Ansprache usw. „zu Haß und Mißachtung gegen die Herrscher auffordert“. In **Algerien**, **Tunis**, **Marokko**, sind terroristische Dinge geschehen und geschehen Tag für Tag, nach denen in der ganzen kapitalistischen Welt kein Hahn kräht. — Auf dem antiimperialistischen Kongreß in **Brüssel** nannte der Vorsitzende des Komitees zur Verteidigung der schwarzen Rasse, **Lamine Senghor**, erschütternde Beispiele des kapitalistischen Terrors in **Französisch-Ostafrika**. Senghor führte unter anderem folgendes aus:

Wer Kolonialländer bereist und sich nicht damit begnügt, tropische Landschaften oder Erzeugnisse der Eingeborenen-Kunst zu bewundern, sondern sich von den bedrückten Menschen selbst erzählen läßt, wie sie zu leben gezwungen sind, der weiß, daß tatsächlich auf einem großen Teil der Erde noch die Sklaverei mit ihrem Terror herrscht. Immer noch werden Menschen verkauft und immer noch erheben sogenannte Herren Anspruch auf Seele und Leib der farbigen Arbeiter, betrachten die Frauen als ihre gesetzmäßigen Lustobjekte und wüten erbarungslos gegen jeden Widerstand. In den Vereinigten Staaten ist vor ungefähr 80 Jahren mit **Riesenopfern** der Kampf um die Befreiung der Neger geführt worden, aber heute werden dort noch Neger gelyncht, das heißt außerhalb des Rechts unter fürchterlichen Qualen zu Tode gebracht, ohne daß den Mördern etwas geschieht. Vor einiger Zeit wurde ein nordamerikanischer Film aufgeführt, der den bestialisches Kampf der weißen Rasse gegen die schwarze moralisieren wollte. Ganz offen wurde mit diesen Bildern gesagt, daß man in den Vereinigten Staaten nur geduckte Neger, das heißt nur willige Arbeitstiere dulden würde. Jeder Versuch der Angleichung an die Weißen, das war der Sinn dieses Films, soll mit Terror unterdrückt werden.

Rumänien, die „Schande Europas“!

Von Ignatz Wrobel

Nach meiner Kenntnis halte ich das Land für einen schönen Apfel, auf dem eine dicke Schicht Maden sitzt: Rumäniens herrschende Klasse. Das bäuerliche Proletariat lebt elend und schuffet für die Pächter, die wiederum ihre Herren betrügen und die kennen zum Teil ihre Güter gar nicht, weil sie in Paris sehr wichtige und häufig nächtliche Staatsgeschäfte haben. Rumäniens Proletariat wird fast ganz von einer verkommenen Beamtenschaft und ihren Frauen verdeckt, von bürgerlichen Nichtstuern in den Städten, die von der lateinischen Kultur weder Henry Barbusse noch Anatole France, sondern nur den Gebrauch französischer Parfüms angenommen haben. Verdeckt wird das rumänische Volk aber hauptsächlich durch die Clique seiner Politiker, die mit wenigen Ausnahmen das Aeußerste an Korruption und Unsauberkeit darstellen. Es ist ein Operettenstaat mit einem tragischen Chor: den Bauern. Auf der moralischen Höhe seiner Bantmen steht auch die berüchtigte Siguranza, Rumäniens politische Polizei.

Die Schmach der Judenverfolgungen lastet noch heute auf dem Lande, und was früher einmal in Mitteleuropa der Jude gewesen ist, das ist heute für viele Staaten der Kommunist: ein rechtloser Gejagter, an dem sich jeder Polizeilümmel die Hacken abtreten darf. Die grausamen Folterungen, die in den Gefängnissen des Balkans heute vorgenommen werden, in Bulgarien wie hauptsächlich in Rumänien, ohne daß sich der moralische Völkerbund jemals um die Notschreie der Opfer kümmert, sind für die Quäler ganz ungefährlich — wären die Kommunistischen Parteien und die Ligen für Menschenrechte nicht, kein Mensch wüßte von ihnen.

So aber wollen wir es in die Welt hinausschreien, daß mit Boris Stefanow hunderte und hunderte in die rumänischen Gefängnisse verreckten, vor ihrem geistigen Auge das Bild einer Heimat, um die man



sie betrogen hat — auf ihren Lippen einen Fluch und einen Schrei um Hilfe.

Bewahrt den Fluch in euren Herzen und gebt den Hilfeschrei weiter!

Der Prozeß gegen die weißrussischen Hromada

Pilsudskis Kriegsvorbereitungen

Anfang Januar findet in Polen der große Prozeß gegen 490 weißrussische Bauern, Abgeordnete und Intellektuelle statt, Mitglieder der weißrussischen Bauernpartei: „Hromada“.

Unter den 28,5 Millionen Einwohnern Polens sind 2,5 Millionen Weißrussen, die die Wojewodschaften Wilna, Nowogrodek, Polesje und Bjalistok bewohnen. 82—90% unter den Weißrussen sind Bauern.

Diese Masse der weißrussischen Bauern bilden eine Gefahr für die imperialistischen Kriegsvorbereitungen Pilsudskis, gegen die Sowjetunion. Polnisch-Weißrußland ist bei der Bildung des polnischen Staates von dem übrigen Teile Weißrußlands, der zur Sowjet-Union gehört, losgetrennt worden. Während auf der andern Seite der Grenze die Weißrussen nach der Politik der Sowjetunion alle Freiheiten der nationalen Minderheiten in Sowjetrußland genießen, hat der polnische Staat die zu seinem Teil gehörigen Weißrussen auf das schlimmste unterdrückt. Die polnischen Beamten lassen die Einheimischen zu keinen Aemtern. Die Steuern sind dreimal so hoch wie im übrigen Polen. Die unerträglichen Steuern werden durch Strafexpeditionen eingetrieben, wobei das Eigentum des Bauern mit Beschlag belegt und verkauft wird. Sämtliche 514 weißrussischen Schulen sind geschlossen worden. Die weißrussische Sprache wird nirgends anerkannt.

Dafür siedelt die Regierung in den Gegenden Weißrußlands sogenannte „Ossadniki“ an, militärische Kolonisten, meist Offiziere und Reservisten, die dort unentgeltlich Grund und

Boden erhalten und als Gegenleistung nur treue Stützen des polnischen Staates zu sein brauchen. Sie werden in faschistischen Organisationen zusammengefaßt, haben Waffen und erhalten eine militärische Ausbildung. Sie stellen im Falle eines Krieges eine zuverlässige Hilfstuppe dar und unterstützen die Regierung gleichzeitig im Kampfe gegen die unzufriedenen Einheimischen, denen man zugunsten der Kolonisten das Land wegnimmt.

Druck erzeugt Gegendruck. Als einzigen Ausweg aus diesen Qualen sahen die weißrussischen Bauern nur den des festen Zusammenschlusses. So entstand die „Hromada“, die Partei der weißrussischen Bauern. Sie wurde von der Regierung genehmigt und entsandte ihre Abgeordneten ins Parlament. Ihr Programm sah folgende Punkte vor: 1. Forderung von Boden für die Bauernschaft. 2. Forderung der nationalen Freiheit, die durch die polnische Verfassung, wie auch durch den Versailler und Rigaer Vertrag gewährleistet sein sollte. 3. Die Tätigkeit der „Hromada“ bewegte sich im Rahmen der Verfassung.

Sie wuchs schnell. Anfang 1927 war sie eine große Massenorganisation geworden, die 90 000 Mitglieder zählte. Bei den letzten Gemeindewahlen wurden in den betreffenden Gebieten fast ausschließlich Gemeinderäte aus der Mitte der „Hromada“ gewählt.

Das war der Zeitpunkt für die Regierung Pilsudski, einzuschreiten. Unter Mißachtung aller Gesetze verhaftete sie die 4 Abgeordneten der weißrussischen Partei Michajlowski, Taraschkiewicz, Miotla und Holo-

watsch, ohne sich um ihre Immunität zu kümmern und füllte die Gefängnisse mit weißrussischen Bauern und Intellektuellen. Mehr als 1000 Verhaftungen wurden vorgenommen. Aus jeder weißrussischen Gemeinde in Polen wurden zwei Bauern verhaftet. Die Hromada wurde aufgelöst.

Jetzt ist die „Untersuchung“ abgeschlossen. Die Anklageakte ist 36 Bände stark, die Zahl der jetzt zur Aburteilung Kommenden ist 490. 1000 Zeugen sind geladen worden.

In der Anklageakte sind alle die Gründe aufgeführt, die jede faschistische Regierung benutzt, wenn sie gegen eine Arbeiter- oder Bauernorganisation vorgehen will. Keinerlei Straftaten werden erwähnt, dafür aber vage Behauptungen aufgestellt von „Spionage zugunsten einer feindlichen Macht“, „Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes“, „Loslösungsbestrebungen eines Teiles von Polen“ und ähnliche Dinge. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text!

1000 Polizeispitzel und Provokateure werden als Zeugen für diese Behauptungen auftreten, die bewährte Methode der „Defensive“ befolgend, die auf ihre Weise hilft, die nationalen Minderheiten zu unterdrücken und die Kriegsvorbereitungen zu unterstützen.

Der Prozeß gegen die 490 Weißrussen gilt nicht nur diesen Angeklagten. Er gilt der gesamten Bevölkerung Weißrußlands, die in der „Hromada“ ihre Organisation gesehen hat.

Unfähig, das Problem der nationalen Minderheiten anders als durch schlimmste Unterdrückung und Zwangslagerung zu lösen, pfeift die faschistische polnische Regierung auch auf die verfassungsmäßigen Rechte der Weißrussen Polens, sich zu organisieren; pfeift sie auf Demokratie und Parlamentarismus, wenn sie die Immunität der weißrussischen Abgeordneten mißachtet, und verfolgt unentwegt das Ziel, den weißrussischen Gefahrenherd, der ihren Kriegsvorbereitungen Widerstand leisten würde, zu vernichten.



Rotes Bessarabien.

Zeitschrift des Zentralrates der Gesellschaften der Bessaraber. Die Zeitschrift trägt die Parole: Rumänische Räuberhände, weg von Bessarabien. / Am 26. Januar 1928 sind es 10 Jahre her, daß Bessarabien durch Rumänien gewaltsam annektiert wurde. Die Sowjetunion hat diese Annektion niemals anerkannt.

Amnestie in Bulgarien!

Von Dr. Trud.

In der letzten Zeit hat die Korruption in der bulgarischen Regierung und die Befehdung der einzelnen Flügel der Parteien einen großen Umfang angenommen. Die Zerrüttung der Regierung schreitet fort. Andererseits steigert sich die Unzufriedenheit und der Haß der breiten werktätigen Massen, der in den letzten Wochen besonders durch den stürmischen Verlauf des Gewerkschafts-Kongresses wie auch durch den Kampf der Delegation, die zur 10-Jahresfeier nach Rußland reisen wollte, bestätigt wurde. Aus diesen Anlässen ergab sich eine neue Welle des Terrors — Verfolgungen gegen die Werktätigen — neue Kampfzüge, Ermordungen, Verhaftungen, Folterungen, Gewalttätigkeiten der politischen Gefangenen in den Gefängnissen. Der Anfang dieses Terrors war die blutige Straf-Expedition nach Lowetsch und Trojan, die unzählige Opfer gebracht hat; z. B.:



Politische Gefangene werden unter Bewachung abgeführt . . .
(Lächelnd sieht General Lazaroff dieser Szene zu)

| | | | |
|-------------------|---|--------|----------|
| im Dorfe Raduwene | 9 | Bauern | ermordet |
| „ „ Slatina | 6 | „ | „ |
| „ „ Lowetsch | 4 | „ | „ |

Diese Straf-Expedition verwüstete die Dörfer und ermordete über 30 oppositionelle Bauern und Bürger ohne Gerichtsverfahren.

Viele Gewerkschafts-Versammlungen wurden von der Polizei gesperrt — in der Stadt Aitos, Sliven, Phillipopoli usw.

Die politischen Gefangenen sind auch heute noch mit den grausamsten Folterungen in den Gefängnissen mit dem Tode — „Selbstmorden“ oder „spurlos verschwunden“ — bedroht; z. B. in Phillipopoli: am 24. 10. nachts 11 Uhr wurden Ratoscho, Keschtschiew, Rk. Baleff und Frau R. Todorowa aus ihren Zellen in das Zimmer des Gefängniswärters, Angelow geschleppt, an Händen und Füßen zusammengebunden und von Angelow zu Tode gefoltert und bewußtlos und blutig geschlagen auf einer Bahre wieder in die Zelle gebracht. Der erste wurde als „Initiator“ eines Gesuchs, das die gesamten politischen Gefangenen an den Präsidenten des Parlament richteten,

welches kein Gnadengesuch, sondern die Forderung der vollen Amnestie enthielt, gefoltert. Der zweite wurde geschlagen, weil man bei ihm eine Zeitung „Nowini“, eine offizielle Zeitung — Kämpfer für die Amnestie — fand. Frau Todorowa weiß noch nicht, aus welchem Grunde man sie folterte. Alle drei baten um ärztliche Hilfe im Gefängnisse, die aber vom Direktor abgelehnt wurde.

Trotzdem ist der Kampf für die Amnestie in vollem Gange. Noch nie führten die breiten Massen den Kampf für die Amnestie in einem solchen breiten Umfange, wie heute; dieser Kampf ist zu einer Massenbewegung geworden, wobei es wichtig ist, daß der Kampf in eine höhere Phase eingetreten ist und schon eine organisierte Form angenommen hat. Es wurde eine Amnestie-Kommission der Frauen, Mütter der politischen Gefangenen, Emigranten und Häftlinge gegründet, welche sich zur Aufgabe stellt, ein allgemeines Amnestie-Komitee mit Vertretern aller Parteien und kulturellen Vereinigungen des Landes zu gründen und solche Komitees im ganzen Lande zu bilden. Unter der Parole: **Sofortige und bedingungslose Amnestie, Abschaffung des Staatsschutzgesetzes, staatliche Hilfeleistung und Gestattung der Unterstützung der bisher nicht unterstützten Familien der Bürgerkriegsopfer usw., Brandmarkung der legalisierten gerichtlichen Inquisition, Bestrafung der amtlichen Folterer, Auflösung der faschistischen Organisationen, solidarisches Vorgehen der Arbeiter, Bauern und bürgerlichen Opposition.**

Dieses Komitee, das aus der breiten Masse wächst, übernimmt die Führung. In diesem Kampfe schließen sich folgende Organisationen zusammen: Gewerkschaften, Bauernpartei, Arbeiterpartei, Sozialdemokratische Partei, Frauenbund und ander oppositionelle Kreise der Regierung.

Das tagende Parlament ist bereits von diesem Kampfe des Komites unterrichtet.

Der Kampf um die Amnestie ist in einer entscheidenden Phase. Er fordert die volle Unterstützung aller linksstehenden Organisationen, Werktätigen, Intellektuellen durch Kundgebungen, Presseartikel, Proteste und Telegramme.

Lest die Broschüre: **Im Lande der Galgen**
von Kolaroff
80 Seiten, reich illustriert, Preis 30 Pfg.
Bei jedem Literaturobmann zu haben; oder durch
Mopr Verlag G. m. b. H., Berlin NW7, Dorotheenstr. 77-78



. . . indessen amüsiert sich König Boris im Kreise seiner Offiziere.

Die Rote Hilfe in Norwegen.

Am 3. Dezember fand in Oslo, der Hauptstadt Norwegens, die erste Landeskonferenz der Roten Hilfe statt. Diese Konferenz war von 39 Delegierten aus 16 Ortsgruppen besucht, die 1200 Einzelmitglieder und kollektiv angeschlossene Organisationen mit 3500 Mitgliedern vertraten. Von den Delegierten gehörten 7 der S.P.N., 29 der K.P. an, 3 waren Parteilose. 17 Delegierte waren von Gewerkschaften zu dieser Konferenz delegiert worden, die der R.H. kollektiv angeschlossen sind. Von den Delegierten waren 32 Männer, 7 Frauen; bis auf 4 Frauen waren sämtliche Delegierte gewerkschaftlich organisiert.

Diese Konferenz bedeutet für die Entwicklung der R. H. Norwegens einen großen Schritt vorwärts. Zum ersten Male waren Vertreter aus den verschiedensten Ortsgruppen zur gemeinsamen Aussprache über die Erfahrungen der R. H.-Bewegung in Norwegen zusammengekommen. Wenn man berücksichtigt, daß die Klassenjustiz in Norwegen nur in einem sehr geringen Maße offen in Erscheinung getreten ist — politische Prozesse haben bisher kaum stattgefunden — die meisten Prozesse waren eine Folge aus Wirtschaftskämpfen — wenn ferner berücksichtigt wird, daß von einem weißen Terror, wie wir ihn in Mitteleuropa kennen, noch weniger zu spüren ist, so ist es für Norwegen ein sehr guter Erfolg, wenn bereits in 16 Orten eine Rote Hilfe-Bewegung ins Leben gerufen werden konnte.

Der Sekretär Luhn gab den Geschäftsbericht über die Tätigkeit der R. H. seit ihrem Bestehen im Jahre 1925 bis zum Ende November dieses Jahres. Der Kas-

senbericht für das Jahr 1927 weist eine Gesamteinnahme von rund 3000 Kronen auf. Von diesem Betrag wurden etwa 1200 Kronen für die Opfer des weißen Terrors in den Terrorländern an die Int. Rote Hilfe abgeführt. Außerdem wurden eine Anzahl Gefangener unterstützt. Die Konferenz hat sich sehr eingehend mit dem Ausbau der Organisation beschäftigt. Eine Statutenberatungskommission erhielt den Auftrag, auf Grund der Beratungserfahrungen der Bruderorganisationen ein brauchbares Statut zur Annahme dem ersten Reichskongreß vorzulegen. Es ist



Am 3. Dezember 1927 fand in Oslo die erste Landeskonferenz der R. H. Norwegens statt.

beabsichtigt, den ersten Reichskongreß Mitte des Jahres 1928 einzuberufen, der gründlich vorbereitet werden soll. Auf Mitgliederversammlungen und Bezirkskonferenzen soll zu diesem Kongreß Stellung genommen, alle brennenden Fragen für Norwegen gründlich durchberaten werden.

Das bisherige Zentralkomitee wurde von dieser Konferenz beauftragt, sein Mandat bis zum ersten Kongreß weiter auszuüben und sich durch 5 Genossen aus den Betrieben bzw. Gewerkschaften zu ergänzen.

Infolge der verhältnismäßig geringen Klassenjustiz und Terrorfälle in eigenem Lande hat die R. H. Norwegens Patenschaften über polnische, rumänische und bulgarische Gefängnisse übernommen, die für die Vertiefung des Gedankens der internationalen Solidarität unter der norwegischen Arbeiterschaft beitragen sollen.

Die Konferenz wählte eine dreigliedrige Kommission, bestehend aus je einem Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilosen, die dem Gewerkschaftskongreß aller Gewerkschaften Norwegens, der zur selben Zeit stattfand, eine Begrüßungsadresse überbringen sollte. Der Gewerkschaftskongreß stimmte diesem Vorschlag zu, und der Sekretär der R.H. Norwegens hielt auf dem Gewerkschaftskongreß eine Begrüßungsansprache für die R.H., in der er insbesondere die Aufgaben der I.R.H. aufzeigte und die Notwendigkeit der Unterstützung durch die Gewerkschaften betonte. Seine Ausführungen fanden starken Beifall, der zeigte, daß die Delegierten des Gewerkschaftskongresses der Bedeutung der I.R.H.-Bewegung großes Verständnis entgegenbringen. Der R. H. steht also in nächster Zeit ein großes Feld zur Bearbeitung offen. Alle Delegierten der Konferenz waren sich darüber einig, daß die bisherige Tätigkeit in Anbetracht der gewaltigen Aufgaben der I.R.H. in Norwegen noch sehr mangelhaft sind, und daß man über die ersten Schritte der Sammeltätigkeit kaum hinaus gekommen ist. Es wurde auch besprochen, in Zukunft einen regelmäßigen Wochenbeitrag zu erheben, um dadurch die Finanzlage auf einer festen Grundlage zu stellen. Da die Konferenz jedoch nicht die Kompetenz eines Kongresses hatte, wurde beschlossen, dem ersten Reichskongreß einen entsprechenden Antrag zu unterbreiten.

Wenn in Zukunft eine systematische Organisation und Aufbauarbeit geleistet werden soll, so muß berücksichtigt werden, daß die geographische Ausdehnung des Landes nicht nur hohe Fahrtspesen verursacht, sondern auch einen großen Zeitaufwand erfordert. So beansprucht z. B. die Reise nach Kirkenes allein 8 Tage Zeit. Jeder Genosse aber erachtet die Bearbeitung gerade dieses Industriebezirks für besonders notwendig. Die Mittel dafür durch Mitarbeit aufzubringen, muß jedes Mitglied der R. H. verpflichtet werden. Zur Förderung der Entwicklung der Organisation wird es notwendig sein, durch Film und Lichtbildpropaganda, sowie durch künstlerische Veranstaltungen die Arbeit zu unterstützen.

Wenn das Zentralkomitee systematisch an die Beseitigung der aufgezeigten Mängel und an die Durchführung der besprochenen Aufgaben herangeht, so wird die erste Landeskonferenz für die R. H. Norwegens einen großen Erfolg bedeuten.

In diesem Sinne gelobten die Delegierten, in der nächsten Zeit ihre Tätigkeit zu entfalten, durch praktische Arbeit zu zeigen, daß auch die norwegische Sektion der I.R.H. als Klassenkampforganisation für das norwegische Proletariat eine Notwendigkeit ist.



„La Défense“ (Verteidigung). Seit dem 1. Dezember gibt unsere französische Bruderorganisation, die Rote Hilfe Frankreichs, ein 14tägig erscheinendes Organ heraus. Wir begrüßen unseren neuen Mitkämpfer auf das herzlichste und wünschen ihm die besten Erfolge im gemeinsamen Kampf gegen kapitalistische Klassenjustiz und weißen Terror.

JANUARKÄMPFE

FEWAS

Neun Jahre

sind seit jenen blutigen Januartagen ver-
gangen, an denen die weiße Mordbestie ihre
blutigen Orgien in den Straßen Berlins
feierte. Mordprämien auf revolutionäre
Arbeiterführer ausgesetzt wurden. Die ge-
spreizten Finger vor den Augen duldeten die
damaligen Machthaber schweigend Mord-
taten, an die sie heute nicht mehr erinnert
sein wollen, deren sie sich heute — viel-
leicht! — schon schämen.

Die Meuchelmörder unserer Karl Lieb-
knecht und Rosa Luxemburg, der „Vorwärts“-
Parlamentäre und der anderen namenlosen
teuren Toten laufen noch immer frei
herum! —

Wo ist die ganze Bande aus dem Eden-
Hotel, der Stab der Garde-Cavallerie-Schützen-
Division, die Pabst, Pflugh-Hartung, Stephani?
Sind die Studenten, die Freiwilligen, die Noske
rief, jetzt die Staatsanwälte und Richter
dieser Republik?



1. Noskiden kleben Proklamationen
der Regierung an



2. Bewaffnete Arbeiter verteidigen sich
hinter Barrikaden von Zeitungspaketen.

Die Zivilisation
u. Gerechtigkeit
der Bourgeoisieordnung

tritt hervor in ihrem wahren Lichte
sobald die Sklaven in dieser Ord-
nung sich gegen ihre Herren em-
pören. Dann stellt sie sich dar
als unverhüllte Wildheit- und
gesetzlose Rache!

KARL MARX.



A
mord
haft
mann
Rolle
G
Helfe
Repu
N
keine
N
laster
A
mir u
lichke
nicht
heben
bel a
Zeit
restio
U
Kain
ist un
Darü
dem
des
selbst

Volksblatt

Der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag, den 10. Januar 1919

Offensive gegen Spartakisten

Berliner!
Die Niederschlagung hat mit dem Ansturm der roten Kommandos von Ost-Berlin die Wohnung mischekerkern sollen.
Es kann keine andere Aufgabe nicht erfüllen, wenn ihr nicht folgende Maßnahmen:

1. Die Zusammenkünfte der Versammlungen sollen für jedermann, Straßen in der Umgebung auf den Straßen in jedem beliebigen Wohnhaus, Frauen und Kinder sollen bei jedem Ansturm für mehr Leben bewahrt werden. Es sind sämtliche in der Umgebung in den Straßen und in den Wohnungen der Spartakisten zu zerstören.

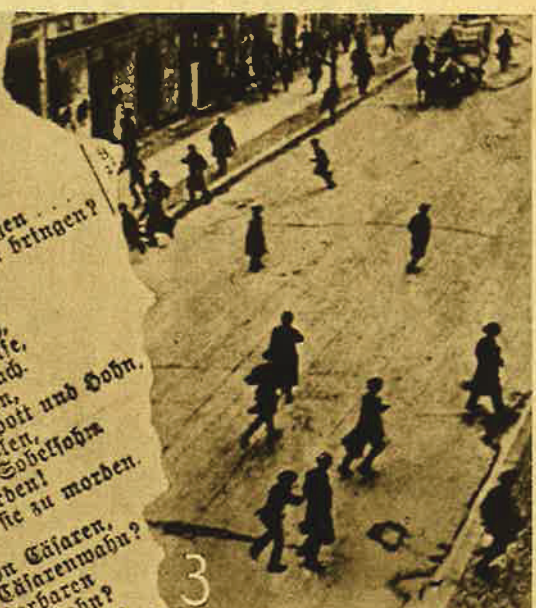
In der Nacht zum 7. Jan

von Hermann Witte.
Weshalb eine Nacht des Aufruhrs Schiffe hatten sie durch das angstvoll wachende Berlin, indes von fern her hellere Docks erschallen auf Gleisknecht, Bladel, Frotki und Genin, die Straße war vom Bürgerkrieg durchwühlt, vom Loden angepeitschter Machtgelüste, die hemmungslos ihr Mäntchen sich gefühlte. Nun ist es Nacht, und weiter hebt das Mäntchen, O, Schreckensnacht! Was wird der Morgen bringen?

Ich sah der Massen räuberische Streife, sie folgten nach dem blinden Obhut nach, sie tanzten nach des Rattenfängers Pfeife, der ihnen heuchlerisch die Welt verschrieb, sie tanzten hin vor blutigen Jochen, vor Hundstuden vor der Menschheit Spoit und Dohn, vor Braunstein, Engenbura und Schelkoba, O, lehrte um ihr aufgehobnen Forden! Ihr ruft nach Freiheit, nur um sie zu morben.

Befreiten wir uns deshalb von Cäaren, doch neu uns schreckt nun der Cäarenwahn? Soll eine andere Morde von Barbaren, zu leeren Thronen finden freie Bahn? Soll eine Minderheit von Spartakisten uns ohne Herrschaft aus Schaffott? Ist Deutschland heueress für Bolschewisten und Nero-Lieblichkeit unser neuer Gott? Sind wir die Knechte russischer Verführer, Dann kreucht den roten Sonnenschein im

Als mir im schrecklichen des Weltkriegs Bahn



3. Straße frei!



5. Die Volksmarineteilstruppen im Kampf

Zu den Waffen!

Offiziere, Beamte, Studenten, Ingenieure
melbet Euch sofort zum Eintritt in das
Freiwilligen-Regiment Reinhard
Melbestellte Nacht, Kriminalgericht
Gangung Rathenover Straße.
Alle tut not!

Aus dem Dunkel dieser blut- und ordatmenden Zeit tauchen nebelhaft, schemenhaft die Namen Weißmann und Zumbroich auf. Welche Rolle spielen die Herren heute? Geht es den Mördern und ihren Helfershelfern wohl in dieser Republik? — — —
Neun Jahre und immer noch keine Sühne! — — —
Neun Jahre ungesühnter Mord beuten diese deutsche Republik!
An diesen Januartagen wollen wir wieder hintreten vor die Öffentlichkeit, allüberall, aufzeigen, die noch nicht gesühnten Morde. Anklage erheben, gegen die Mörder und die, die allen Regierungsgeschäften die Schuld nicht finden, um Arbeitermord toll aufzuklären und zu sühnen.
Ungesühnte Morde! Das ist das Einzige Zeichen dieser Republik! Das unsere Anklage, die wir erheben! Darüber wird abgeurteilt werden an dem Tage, an dem nicht „im Namen des Volkes“, sondern vom Volke selbst Recht gesprochen wird.

Arnsdorf und Leipzig.

Zwei Urteile, in Frankfurt a. O. an die beiden Schmelzer, vor dem Niedersenat des Reichsgerichts gegen Jungkommunisten, wurden fast zu gleicher Zeit gefällt.

August Schmelzer, der Sohn, der das 48. und 49. Reichsbanneropfer zur Strecke brachte und eine Anzahl anderer Reichsbannerkameraden schwer verletzte, wurde vom Schwurgericht in Frankfurt a. O. am 17. Dezember zu 5 Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren verurteilt. Paul Schmelzer, der Vater, erhielt wegen Beihilfe zum Totschlag und wegen versuchten Totschlages ein Jahr 6 Monate Zuchthaus und wegen unerlaubten Waffenbesitzes 50 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte bekanntlich gegen August Schmelzer 7 Jahre und gegen Paul Schmelzer 9 Jahre Zuchthaus beantragt. Das Urteil blieb also unter die vom Oberstaatsanwalt gestellten Anträge. Bei diesem Urteil ist besonders zu bemerken, daß August Schmelzer die Mindeststrafe erhielt, die auf Totschlag steht. Paul Schmelzer kam mit der lächerlichen Strafe von 1½ Jahren weg. Der Herr v. Alvensleben und Arnsdorf trat in diesem Prozeß nur als Zeuge auf, er, der der politische Urheber dieser Hetz- und Haßstimmung war, er, der der Erreger jener Mordstimmung war, aus der heraus die Bluttaten von Arnsdorf erwachsen, kehrt unbehelligt in das Schloß seiner Väter zurück!

Was dieses Urteil gegen die Angeklagten Stahlhelmörder aus der übrigen Reihe der Prozesse gegen faschistische Mordbanditen hervorhebt, ist die Tatsache, daß diesmal nicht, wie sonst üblich, die Angegriffenen als Landfriedensbrecher auf der Anklagebank saßen, sondern daß die tatsächlichen Mörder angeklagt wurden. Es ist bezeichnend für die deutsche Klassenjustiz, daß dieser Umstand besonders vermerkt werden muß; denn es ist noch einmal, daß der Landwirt Rehnig, der den Reichsbannermann Erich Schulz am Tage der Reichspräsidentenwahl erschoss, ebenso freigesprochen wurde, wie der Breslauer Stahlhelmführer Magiera, der den Reichsbannermann Doktor einfach niederknallte. Diesmal lagen die Dinge so klar, daß die Stahlhelmörder verurteilt werden mußten. Aber ob das Urteil, daß das Schwurgericht in Frankfurt a. O. „im Namen des Volkes“ fällt, wirklich eine Sühne für die beiden ermordeten Reichsbannerkameraden ist, darf füglich noch bestritten werden. 1½ Jahre Zuchthaus für Beihilfe zum Mord, 5 Jahre Zuchthaus für zwei Morde, das ist beinahe eine Bestrafung, die zu weiteren Mordtaten anreizt. Wir sind überzeugt, daß die Reichsbannerkameraden mit uns der Meinung sind, daß in Frankfurt a. O. der Mord an ihren beiden Kameraden nicht gesühnt wurde. Sie werden es mit uns ablehnen, sich auf den Standpunkt zu stellen, den der „Vorwärts“ am 18. Dezember bei der Besprechung des Urteils einnimmt, indem er sagt: „Es kommt nicht auf die Zahl der Jahre an, die die einzelnen Verurteilten zu verbüßen haben.“ Gewiß, es kann uns gleichgültig sein, wie lange Paul und August Schmelzer sitzen müssen. Daß ihre Strafverbüßung eine andere sein wird als die des proletarisch-politischen Gefangenen, ist aus den bisherigen Erfahrungen durchaus anzunehmen. Ob sie ihre ganze Strafzeit verbüßen werden, ist noch fraglich. Der Geist, aus dem heraus dieses Urteil geboren wurde, ist nur zu begreifen, wenn man sich einen Augenblick vorstellt, daß anstelle von August und Paul Schmelzer Reichsbannerarbeiter oder revolutionäre Proletarier auf der Anklagebank gesessen hätten. Es kann an zahllosen Beispielen nachgewiesen werden, daß in diesem Falle gewiß auf die Höchststrafe, die zulässig ist, erkannt worden wäre. Das Urteil von Arnsdorf erfährt noch eine besondere Beleuchtung, wenn wir ihm gegenüber das oben erwähnte Reichsgerichtsurteil halten.

Die jugendlichen Angeklagten Bottländer und Thoben aus Hannover wurden wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz, gegen das Sprengstoffgesetz

wegen schweren Landfriedensbruchs und Aufruhr zu 6 Jahren und 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Jugendgenossen haben keine Faschisten erschlagen oder auch nur verletzt. Der Anklageschrift lagen die Vorgänge aus den Jahren 1923/24 in Hanover und Osnabrück, die sogenannten „Bombenattentate“, zugrunde. Es ist offensichtlich, daß Spitzelhände ihr berüchtigtes Handwerk bei der Ermöglichung dieser Anklageerhebung ausgeübt haben. Trotzdem der aus dem Zuchthaus vorgeführte Ringleff erklärte, daß die von ihm angefertigten Bomben nicht Sprengpulver, sondern nur Schwarzpulver enthalten hätten, daß kein Schaden mit ihnen angeben werden konnte oder sollte, daß nur durch den Knall „moralisch“ gewirkt werden sollte, wurden die Angeklagten auf Grund des Sprengstoffgesetzes verurteilt.

Trotzdem die Beweisaufnahme insbesondere gegen den Genossen Bottländer nicht einen Schatten des Beweises für die Vergehen erbrachte, die in der Anklage genannt worden waren, wurde der Genosse Bottländer, der ein „sehr gefährlicher Fanatiker“, wie der Reichsanwalt ihn nannte, sei, zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Dafür, daß revolutionäre Jungproletarier sich in die Netze von Spitzeln und agent provokateuren locken ließen, werden sie zu 6 und 5 Jahren Zuchthaus verurteilt!

In Frankfurt a. O. saßen die Arnsdorfer Mörder, moralisch verkommene Subjekte, auf der Anklagebank, in Leipzig aber standen vor den Schranken des Reichsgerichts Jungproletarier, deren heiligste Ueberzeugung von Spitzeln mißbraucht worden war. Jungproletarier, die keine Mörder sind, werden höher bestraft, als faschistische Mordbanditen!

Das Urteil in Frankfurt a. O. wurde von einem Schwurgericht gefällt. In Leipzig aber sprach das Urteil Richter des Reichsgerichts, das von vielen als „ein Organ der politischen Verfolgungssucht“, wie die „Vossische Zeitung“ vor einiger Zeit schrieb, betrachtet wird, das Urteil gegen die Jungkommunisten wurde vom Niedersenat gefällt, dessen „politische Leidenschaftlichkeit“ gegen revolutionäre Arbeiter genügend bekannt ist.

Aus den beiden Urteilen in Frankfurt a. O. und in Leipzig grinz uns die Fratze deutscher Klassenjustiz entgegen.



John Greca, der rumänische Martyr, dessen Gesundheit durch 6½ jährige Strafverbüßung in rumänischem Kerker zu Doftana völlig ruiniert wurde, ist jetzt entlassen worden. Durch sein mutiges Verhalten vor Gericht zog er sich den besonderen Hass der rumänischen Kerkermeister zu. Er wurde besonders schwer gefoltert und in die berüchtigte Abteilung H. des Kerkers Doftana eingesperrt. Hier holte er sich ein schweres Kehlkopfleid, so daß er jetzt nur noch im Flüstertone sprechen kann. Genosse Greca zog sich außerdem noch ein schweres Lungenleiden im Kerker zu. Er besitzt nur noch einen Lungenflügel und auch der zweite ist bereits stark angegriffen. Völlig gebrochen verließ Genosse Greca die Kerkerhölle Doftana. Die rumänischen Henker haben einen jungen, blühenden, kraftstrotzenden Menschen durch ihren mörderischen Strafvollzug völlig ruiniert.

Roter Helfer in Frankreich verboten.

Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir, daß nach einer Notiz im „Est Republicain“ der „Rote Helfer“ für Frankreich verboten ist. Dieses Verbot illustriert die französische Pressefreiheit. Wenn es auch dem „Roten Helfer“ schwer sein wird, jetzt noch nach Frankreich zu gelangen, um dort mitzuhelfen, den Kampf gegen Klassenjustiz und weißen Terror zu führen, so wird das jetzt 14tägig erscheinende Organ der französischen Roten Hilfe „La Défence“ diesen Kampf unerschrocken weiterführen.

Auch im deutschsprachigen Gebiet Frankreichs, im Elsaß und in Lothringen, wo der deutsche „Rote Helfer“ besonders gelesen wurde, werden die Rote Hilfe-Genossen wissen, wie sie den Schlag gegen ihre agitatorische und propagandistische Arbeit parieren müssen. Das Verbot des „Roten Helfers“ durch die französischen Klassenjustizorgane zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

„Nur ein Hirtenknabe“

Der Herr Gutsbesitzer, bequem, ruhig, wie er ist, nimmt seine bleibswerte Hundepetische und — straft. Die schwirrende Peitsche arbeitet fest. Schlag auf Schlag. Nach jedem Schläge neue rote Striemen. Die Bleikugeln reißen die weiche Haut auf. Blutstreifen.

„Weh, Weh! Gnädiger Herr. Lassen Sie mich! gnädigster Herr, lassen Sie mich! Ich bin kein Hund. Gnädiger Herr! Ich bitte . . . Oh, Mutter! Weh! Weh! Bitte lassen . . . We-e-e-eh! Mörder!“

„Eh! Du Aas, verfluchtes, bist du noch frech? Na warte!“

Herr Liphay dreht die Peitsche um und jetzt schlägt er in Schwung geraten, mit dem bleiernem Ende.

„Da hast es, Luder. Verrecke!“ Die schweren Hiebe hageln. Das Blut rinnt schon aus Dutzenden von Wunden. Der Gutsbesitzer schlägt weiter. Das Kind schluchzt und wimmert. Das breite Gesicht des Peinigens grinzt vergnügt, er lacht in abgerissenen Sätzen entzückt. Der



Speichel rinnt ihm in tierischer Wollust über die Mundwinkel. Er schwitzt und schnauft.

Pista bewegt sich nicht mehr. Der magere, schwache, blutig zerietzte Körper hängt leblos vom Stuhl herunter. Nur ein Zucken verrät noch das Leben.

Herr Liphay setzt sich müde in den Sessel. Es war wohl eine schwere Arbeit. Ein Glas Wein zur Stärkung.

„Joschka! Wasch auf und bringe ihn in den Schweinestall. Und Schweigen! Verstanden?“

„Jawohl! Gnädiger Herr.“

Dort lag im Dreck des Schweinestalles das Kind in Ohnmacht, fiebernd, von Schmerz ächzend und irre redend.

Die verzweifelte Mutter fand ihn erst nach zwei Tagen. Sie fuhr das Kind auf einem Wagen in die Stadt zum Arzt.

„Ja, liebe Frau, da gibt es keine Hilfe mehr. Ihr Sohn hat von den Prügeln Bauchfell- und Rückgratentzündung bekommen. Wenn Sie wollen, daß er zu Hause stirbt, tragen Sie ihn heim.“

Pista Vágó, der Hirtenknabe starb ohne die Besinnung wieder zu erlangen. Er starb unter den schrecklichsten Qualen in den Armen der Mutter. Er starb für einige Kartoffeln.

(Aus der erschütternden Broschüre „Mörderknute über Kinder“. Preis 20 Pfg. Erschienen im Mopr-Verlag, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 77/78.)

Rote Hilfe und Konsumvereine

Die Bourgeoisie hat zu jeder Zeit die revolutionären Kämpfer des Proletariats durch wirtschaftlichen Terror und Klassenjustiz zu vernichten versucht. Auch schon vor Bestehen der Roten Hilfe Deutschlands als der proletarischen Hilfsorganisation für die Opfer des proletarischen Befreiungskampfes hat die Arbeiterklasse den Opfern ihres gemeinsamen Kampfes Solidarität gezeigt. Die Verschärfung des Klassenkampfes hatte die rücksichtslose Anwendung der staatlichen Machtmittel und die Brutalität des weißen Terrors zur Folge, die eine besondere Hilfsorganisation erforderte, wie wir sie heute in der R. H. haben. In früherer Zeit wandte die Bourgeoisie vorwiegend den wirtschaftlichen Terror gegen revolutionäre Arbeiter an. Damals waren es in erster Linie die Gewerkschaften, die sich der Gemäßigten annahm und die auch mit der Partei politisch Verfolgten Hilfe leisteten. Der wirtschaftliche Terror der früheren Zeit hat die proletarische Bewegung vielerorts in ihrer Entwicklung gehemmt, weil die überall im Vordergrund stehenden Arbeiter infolge Maßregelung zur Abwanderung gezwungen wurden. Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für revolutionäre Arbeiter, die in kapitalistischen Betrieben keine Arbeit mehr erhielten, war eine der Ursachen, die die Arbeiter um die Jahrhundertwende zur Gründung der Arbeiterkonsumvereine veranlaßten. Wenn man heute die frühere Tätigkeit der Arbeiterkonsumvereine zurückschauend betrachtet, muß man feststellen, daß sie sehr vielen revolutionären Kämpfern eine Existenzmöglichkeit gegeben hat und auch eine Stütze der Arbeiterklasse im Kampf gegen das Kapital war.

Die zumeist unter Leitung von Reformisten stehenden Konsumvereine erfüllen aber heute ihre Solidaritätspflicht gegenüber der proletarischen Klasse nicht mehr. Die unter proletarischer Leitung stehenden Konsumvereine unterstützen die R. H. und waren deren Kollektivmitglieder, bis die Zentralinstanzen die weitere Mitgliedschaft untersagten. In reformistisch geleiteten Konsumvereinen, in denen die Mitglieder sich für die Unterstützung der Opfer des Klassenkampfes einsetzen, können die reformistischen Führer in vielen Fällen Ueberweisungen von Unterstützungen an die Rote Hilfe nicht verhindern. Dabei verfolgen die reformistischen Führer sehr häufig auch mit der Unterstützung der R. H. nur rein geschäftliche Zwecke.

Die heutige Unterstützung der R. H. durch die Konsumvereine ist vollständig ungenügend. Im letzten Jahre haben die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften ansehnliche Erübrigungen erzielt und von diesen hätte unbedingt ein größerer Teil speziell für die Opfer des proletarischen Kampfes verwandt werden

müssen. Die Ursache der ungenügenden Unterstützung der Roten Hilfe durch die Konsumvereine liegt zum großen Teil darin, daß die Mitglieder der R. H. meist dem Konsumverein passiv gegenüberstehen oder auch als deren Mitglieder sich nicht energisch genug für die Unterstützung der R. H. einsetzen. Wenn in Versammlungen der R. H. die Rede auf die Konsumvereine kommt, dann hört man sehr häufig als Begründung für die Nichtzugehörigkeit zum Konsumverein das Argument: bei den Sammlungen für die R. H. sind wir auf den Kleinhändler angewiesen und deshalb auch verpflichtet, diese zu unterstützen. Ein solches Argument ist natürlich nicht richtig; die Händler unterstützen die R. H. nur in den allerwenigsten Fällen aus Solidarität mit den Opfern der Klassenjustiz. Die Unterstützung der R. H. ist für sie in den allermeisten Fällen eine Frage der Geschäftspropaganda. Ebensov wenig wie der Geschäftsmann einem Inseratensammler einer Zeitung deshalb ein Inserat bestellt, weil dieser bei ihm kauft, ebensowenig unterstützt ein Geschäftsmann die R. H., weil der die Sammlung vornehmende Funktionär ein Kunde von ihm ist. Die Geschäftsleute wissen, daß die proletarische Solidarität für die große Masse der Werktätigen kein leeres Wort ist und daß es in ihrem Geschäftsinteresse liegt, durch die Unterstützung der R. H. auch ihre Solidarität mit den Opfern der Klassenjustiz zu dokumentieren.

Wir haben also als Mitglieder der R. H. keine moralische Verpflichtung, bei den Händlern unseren Lebensbedarf zu kaufen, wenn sie die R. H. unterstützen. Aber ebensowenig haben wir Veranlassung, den Kleingewerbetreibenden aus Mitleid zu unterstützen, um ihm seine Existenz gegenüber dem Großkapital etwas zu verlängern. Unvermeidlich werden diese kleinen Mittelschichten in immer größerer Abhängigkeit zum Großkapital geraten und von diesem allmählich verdrängt. Mit Rücksicht auf diese kleinstädtischen Schichten kann die Arbeiterschaft nicht auf die Schaffung und Stärkung der Organisation verzichten, die im proletarischen Befreiungskampf die Kampffront stärken und bestimmte Aufgaben zu erfüllen haben.

Die proletarischen Mitglieder in den Konsumvereinen müssen für eine in dieser Linie liegende proletarische Klassenpolitik kämpfen. Die Mitglieder

der der R. H. müssen aus diesen allgemeinen proletarischen Gesichtspunkten heraus gemeinsam mit der proletarischen Opposition in den Konsumvereinen sich ganz besonders für den kooperativen Beitritt zur R. H. und ihre finanzielle Unterstützung einsetzen. In den Konsumvereinen, die Klanderhelme unterhalten, muß von den Mitgliedern der R. H. besonders dafür gesorgt werden, daß in erster Linie Kinder der proletarischen Kämpfer aufgenommen werden. Für die Erweiterung der genossenschaftlichen Einrichtungen, die insbesondere das Los der Opfer des Klassenkampfes erleichtern, müssen die R. H.-Mitglieder in den Konsumvereinen sich einsetzen, wobei sie die Unterstützung der proletarischen Genossenschaftsmitglieder haben werden.

Parteigenossen!

Nachdem ich Berlin verlassen habe, drängt es mich, Euch noch ein Wort des Abschieds zu sagen.

Die Polizei hat mich auf Befehl des Ministers des Innern ausgewiesen.

Ich bin ausgewiesen, weil ich die Tätigkeit des Sozialismus aufgedeckt habe und ich mußte dem Ausnahmegesetz zum Opfer fallen, weil man Leute, die eheliche durchdringende Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes fordern und welche die Scheiterreform der Regierung unerbittlich bekämpfen, die Haltlosigkeit derselben nachweisen, in Berlin nicht duldet.

Man zwingt mich, die Stütze meiner Wirtschaft zu verlassen. Es ist nicht gelungen, mir das Vertrauen der Genossen zu rauben, es ist trotz der geschäftlichsten Verleumdungen nicht möglich gewesen, meine Wähler zu beeinflussen.

Parteigenossen! So wie Ihr stets darauf rechnen könnt, mich für die Befreiung der Menschheit von politischen und wirtschaftlichen Joch kämpfen zu sehen, so rechne auch ich fest darauf, daß Ihr unsterblich treu und ergeben bleibt und daß Ihr mannhaft zusammensteht, wenn es gilt, unsere heilige Sache zu fördern.

Laßt Euch — dies ruft ich Euch warmen zu — durch keine Provokationen, welche nicht ausbleiben werden, verleiten, den Gegnern gefällig zu sein, behaltet die Köpfe klar!

Stets das erhabene Ziel im Auge, laßt die Frucht reifen, auch für uns kommt die Zeit der Ernte!

Die dahin unaußföhrlichen Kampf gegen die Feinde auf allen Gebieten; wir müssen und werden siegen unter dem Rufe:

Hoch die Sozialdemokratie!

Paul Singer.

Verlag und Druck
Gesellschafts-Verlagsdruckerei Göttingen, Str. 4.

Flugblatt Singers an die Berliner Arbeiter nach seiner Ausweisung aus Berlin.

hatten, der Polizei ein Schnippchen zu schlagen. Mit dem auf dieser Seite abgebildeten Flugblatt verabschiedete sich Paul Singer von den Berliner Arbeitern. Das Flugblatt, in 20 000 Exemplaren hergestellt, wurde fast unter den Augen der Polizei verbreitet. Die Polizei hatte das „Nachsehen“ und durfte nach rastloser Verbreitung das Flugblatt auf Grund des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ verbieten.

Eine Seite aus glorreichen Tagen deutscher Arbeiterbewegung

(Zur Erinnerung und zum Nachdenken)

Während des Sozialistengesetzes versuchten Polizeispitzel und Provokateure ihr Wesen auch in den Berliner Arbeiter-Bezirksvereinen zu treiben. Nur schwer und nicht immer gelang es, diesen unsauberen Burschen das Handwerk zu legen. Dem Arbeiter-Bezirksverein für den Osten gelang es damals, den Polizeispitzel Ihring, genannt Maloh, restlos zu entlarven.

Das Berliner „Volksblatt“, ruhreicher als der „Vorwärts“, der seinen Namen noch im Untertitel trägt, brachte am 4. 2. 1886 folgende lakonische Mitteilung über eine ungemünzt besuchte Versammlung des Arbeiter-Bezirksvereins Osten:

„Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand beschlossene habe, das unter dem Namen „Gürtler Maloh“ verzeichnete Mitglied aus dem Verein auszuschließen. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß dieser

Herr nicht Maloh, sondern Ihring heiße, und nicht Gürtler, sondern, wie behauptet wurde, Mitglied der Politischen Polizei sei. Die Versammlung genehmigte einstimmig den Beschluß des Vorstandes.“

Paul Singer brachte in der Reichstagsitzung vom 18. 2. 1886 diese Tatsachen mit allen Einzelheiten zur Sprache. Eine Rückwirkung dieser Entlarvung des Polizeispitzels war die Ausweisung Paul Singers, des Reichstagsabgeordneten, der den 4. Berliner Wahlkreis vertrat. Am 3. Juli 1886 erfolgte die Abreise Singers vom Schlessischen Bahnhof aus. Die sozialdemokratischen Arbeiter gaben damals Paul Singer das Geleit zur Bahn; trotz der getroffenen Polizeisperrungen bekundeten Tausende Berliner Arbeiter Paul Singer ihre Sympathie. Zuge, die auf dem Schlessischen Bahnhof einliefen, waren mit Berliner Arbeitern überfüllt, die es verstanden

Schöffen und Geschworene für das Jahr 1928

Bei Erscheinen dieser Nummer des „Roten Helfers“ haben die **Amts- und Landgerichte** die Namen und die Berufe der gewählten Schöffen und Geschworenen für das neue Jahr veröffentlicht. Wie bisher werden wieder sehr, sehr wenige Arbeiter als Laienrichter ausgewählt sein. Auch hier zeigt es sich, daß unsere wunderbare Reichsverfassung nur auf dem Papier steht. Nach den demokratischen Grundsätzen dieser Verfassung müßten die meisten Schöffen und Geschworenen Arbeiter sein. Es ist nicht so, weil die Justiz ein Unterdrückungsinstrument des Staates ist. Dazu gehören verläßliche Laienrichter, was Arbeiter natürlich nicht sind. Eine Besserung, wenn auch nur eine geringe, um mehr proletarische Laienrichter zu bekommen, ist möglich, wenn wir darauf **hinwirken**, daß sich die **gesamte Arbeiterschaft um die Wahl kümmert**. Für dieses Jahr ist es zu spät. Es bleibt uns nur übrig, die wenigen gewählten Arbeiter und Angestellten dahin zu

beeinflussen, daß sie als Vertreter ihrer Klasse in den Fällen, in denen sie zu richten haben, die Ursachen und vor allem die sozialen Hintergründe der zur Aburteilung kommenden Vergehen untersuchen und sie bei Festsetzung der Strafmaße berücksichtigen. Weiter müssen wir die proletarischen Schöffen und Geschworenen über ihre Pflichten und Rechte aufmerksam machen. Das ist ebenso Pflicht der Berufsrichter. Aber der **Marschner-Prozeß** zeigte, daß das fast nie getan wird. Und wenn es geschieht, dann kann die richterliche Einführung ihm doch nicht nutzen. Die beste proletarische Einführung ist die Schrift von Felix Halle, „Der Proletarier als Schöffe und Geschworener“. (Preis 60 Pfg. Mopr Verlag G. m. b. H., Berlin NW 7, Dorotheenstraße 77/78), die eine Zusammenstellung und Kritik der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen der Laiengerichtbarkeit enthält.

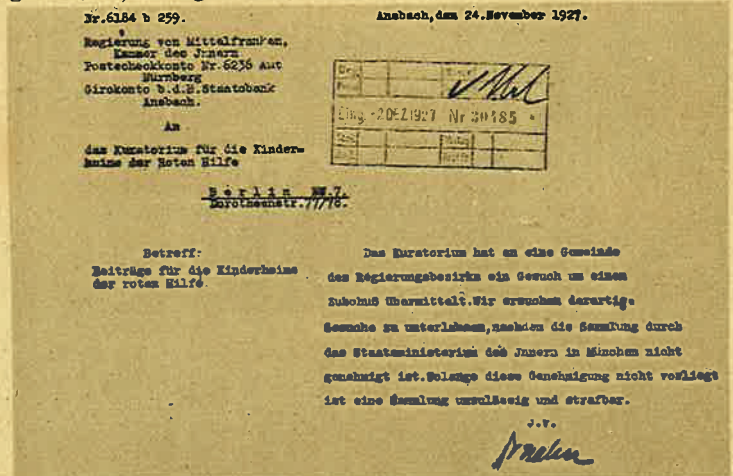
Die Regierung von Mittelfranken kennt ihre eigenen Gesetze nicht!

In der Verfolgung des Hilfswerks für die proletarisch-politischen Gefangenen, der Roten Hilfe, ist den Behörden jedes Mittel recht. Man scheut nicht davor zurück, unwahre und falsche Behauptungen zu erheben, richtiges und falsches ständig miteinander zu verwechseln.

Dem Kuratorium für die Kinderheime der Roten Hilfe ging nebenstehendes Schreiben der Regierung von Mittelfranken am 2. Dezember zu:

Das Kuratorium für die Kinderheime der Roten Hilfe hat am 8. Dezember der Regierung von Mittelfranken eine Antwort gegeben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen läßt.

Die Antwort des Kuratoriums stellt das was in dem Schreiben der Regierung von Mittelfranken völlig schief und falsch dargestellt ist, richtig.



Die Antwort wurde, da das Originalschreiben der mittelfränkischen Regierung in einem mechanisch vervielfältigten Abzug bestand, allen Gemeinden Mittelfrankens zugestellt.

Das Kuratorium betont in dieser Antwort, daß es keine öffentlichen Sammlungen veranstaltet hat, sondern an eine Reihe von Gemeinden Anträge gerichtet hat, über die die Gemeindevertretungen zu entscheiden haben, wie sie über jeden Antrag beschließen, der bei ihnen eingeht. Keinem Staatsbürger und keiner Organisation kann das Recht genommen werden, an eine Behörde Anträge und Gesuche zu richten. Es gibt kein Gesetz, in dem

dieses Recht geschmälert wird. Wenn die Regierung von Mittelfranken daher schreibt: „Wir ersuchen, derartige Gesuche zu unterlassen“, so ist dieser fromme Wunsch eine Aufforderung, die in keinem Gesetz eine Stütze findet. Die Antwort der Regierung von Mittelfranken stellt einen Versuch dar, die Gemeinden Mittelfrankens in der Erledigung ihrer amtlichen Obliegenheiten zu hindern; sie ist ein gesetzwidriges Eingreifen in das freie Verfügungsrecht der Gemeinden.

Dem Verfasser des Schreibens der Regierung von Mittelfranken scheint überhaupt nicht ganz wohl bei seinem Briefschreiben gewesen zu sein. In der 7. Zeilen umfassenden Zuschrift werden die von den Kuratorium an die Gemeinden gerichteten Schreiben zweimal als Gesuche bezeichnet. Daß diese Gesuche nichts mit öffentlichen Sammlungen im Sinne der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917, deren Gesetzmäßigkeit noch sehr umstritten ist, zu tun hat, dürfte jedem klar sein, für den die deutsche Sprache nicht eine „swere Sprach“ ist. Die Gesuche des Kuratoriums wenden sich an die Gemeindevertretungen, öffentliche Sammlungen aber an ein allgemeines Publikum, das durch die Bundesratsverordnung vor schwindelhaften Unternehmungen, die besonders aus Anlaß des Krieges auftauchten, geschützt werden sollte.

Das Schreiben der Regierung von Mittelfranken, das offensichtlich allen Gemeinden ihres Bezirks zugeht, beweist deutlich, daß die Regierung von Mittelfranken die Gesetze der bürgerlichen deutschen Republik nur sehr mangelhaft beherrscht; es verbreitet aber auch bei den Gemeindevertretungen Rechtsirrtümer, die das Kuratorium der Kinderheime der Roten Hilfe veranlaßten, sie über die Rechtslage objektiv zu informieren.

Die Sympathie, die die Rote Hilfe Deutschlands in allen Schichten der Bevölkerung durch die Erfüllung ihrer praktischen Solidaritätsaufgaben sich erworben hat, wird gewiß durch das Schreiben der Regierung von Mittelfranken nicht erschüttert werden. Fast tausend Gemeinden haben im letzten Jahre den Kinderheimen der Roten Hilfe Zuwendungen gemacht. Die sächsische und thüringische Regierung haben Sammlungen für die Kinderheime der Roten Hilfe genehmigt.

Die proletarischen Gemeindevertreter Mittelfrankens werden sich durch das Manöver der Regierung von Mittelfranken nicht beeinflussen lassen, sondern überall trotz des Schreibens der mittelfränkischen Regierung die Gesuche des Kuratoriums um Zuwendungen für die Kinderheime der Roten Hilfe unterstützen.



Vergeßt nicht den Geburtstag der politischen Gefangenen!



Franz Stegmaier

Im Januar haben die unten verzeichneten proletarisch-politischen Gefangenen Geburtstag. Wir werden auch in den nächsten Monaten fortfahren, Namen und Geburtstage der Genossen zu veröffentlichen. Wir sind der Ueberzeugung, daß diese Information von den Roten Helfern in den einzelnen Bezirken der RHD. lebhaft begrüßt werden wird. Durch diese Veröffentlichung ist allen Roten Helfern die Möglichkeit gegeben, den proletarisch-politischen Gefangenen besonders am Geburtstage die enge, innige Verbundenheit zu beweisen. Schreibt deshalb unseren proletarisch-politischen Gefangenen! Vergeßt sie nicht! Denkt daran, daß wenige Zeilen von Euch von den eingekerkerten Genossen begrüßt werden als Zeichen dafür, daß wir ihrer gedenken, daß wir zu ihnen stehen.

Denkt auch daran, daß in vielen Strafanstalten der Geburtstag der einzige Tag ist, an dem die gefangenen Genossen Pakete empfangen dürfen.

Genossen, nehmt diese Anregung auf! Zeigt unseren proletarisch-politischen Gefangenen an ihrem Geburtstage unsere enge, innige Verbundenheit mit ihnen.

Und hier die Namen der Genossen und Strafanstalten, in denen sie sich befinden:

4. 1. Fritz Morawitz (Untersuchungshaft), Untersuchungsgef. Köln-Klingelpütz;
4. 1. Hans Schütteler (7 Jahre Zuchthaus), Zuchthaus Münster i. Westf.;
9. 1. Gustav Schulze (12 Jahre Zuchthaus), Zuchthaus Cassel-Wehlheiden;
1. Georg Semmelmann, Untersuchungs- haft), Untersuchungsgef. Berlin-Moabit;
12. 1. Carl Mayer (4 J. 6 M. Gef.), Strafanstalt Landsberg a. Lech;
13. 1. Otto Ullmann (Untersuchungshaft), Untersuchungsgef. Zeitz;
15. 1. Walter Meinhardt (2 J. 6 M. Z.), Zuchth. Sonnenburg (Mark);
15. 1. Friedrich Pöhls (6 J. Z.), Arbeitergefängnis Kowno (Litauen);
18. 1. Johann Küpper (Untersuchungshaft), Untersuchungsgefängnis Düsseldorf;
18. 1. Otto Michels (12 J. Z.), Zuchthaus Cassel-Wehlheiden;
19. 1. Otto Wegerich (10 J. Z.), Zuchthaus Lichtenburg;
20. 1. Walter Hölzel (7 J. Gef.), Zentralgefängnis Cottbus;
21. 1. Paul Fröhlich (5 J. 3 M. Z.), Zuchthaus Ziegenheim;
21. 1. Georg Stendl (3 J. Z.), Zuchthaus Straubing;
24. 1. Franz Junge (15 J. Z.), Zuchthaus Wolfenbüttel;
25. 1. Paul Jost (1 J. Gef.), Strafanstalt Hannoversand;
31. 1. Franz Stegmaier (6 J. Z.), Zuchth. Ludwigsburg (Württbg.);
31. 1. Bruno Steinbacher (10 J. Z.), Zuchthaus Insterburg;
31. 1. Ferdinand Zielke (Untersgsh.), Untersgsgef. Stolp i. Pom.



Hans Schütteler

Die III. Plenartagung des Zentralvorstandes der R. H. D.

Die am 5. Dezember in Berlin stattgefundene 3. Plenarsitzung des Zentralvorstandes hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Das einleitende Referat des Gen. Pieck über „Die allgemeine Lage und die Aufgaben der RHD.“ gab die Grundlage ab für die Ausarbeitung eines Arbeitsplanes für das 1. Halbjahr 1928. Der Arbeitsplan, der allen Ortsgruppen und Kollektivmitgliedschaften als Sonderdruckschrift zugeht, zeigt auch die Schwächen der Arbeit im letzten Halbjahr 1927. Wohl hat die Sacco-Vanzetti-Kampagne eine wesentliche Verbreiterung des ideologischen Einflusses der Roten Hilfe in der breitesten Öffentlichkeit, und vor allen Dingen in den Betrieben, ergeben. Es ist aber nicht gelungen, die ideologischen Erfolge organisatorisch auszuwerten.

Desgleichen ist die Aktion der RHD. für die Generalamnestie nicht zur vollen Entfaltung gekommen. Nach der Entlassung einer kleinen Anzahl politischer Gefangenen am 2. Oktober 1927 war keine Steigerung des Amnestiekampfes mehr zu verzeichnen. Weiter mußte der Zentralvorstand feststellen, daß es den meisten Kollektivmitgliedschaften an der nötigen organisatorischen und politischen Aktivität mangelt. Auch die Abhaltung von Referenten- und Funktionärkursen in den Bezirken läßt viel zu wünschen übrig, trotzdem der Mangel an befähigten Funktionären überall fühlbar ist.

Diese schwachen Stellen der Tätigkeit müssen noch überwunden werden. Werbearbeit und Funktionärskurse müssen mit mehr Umsicht durchgeführt werden, um der Organisation ein lebendigeres Eigenleben zu geben. Für die Zeit vom 11. bis 18. März setzte der Zentralvorstand eine **Werbekampagne fest**, die der Organisation sicher viele tausend neue Mitglieder bringen wird, wenn sich alle Mitgliedergruppen sofort darauf einstellen und ihre Vorbereitungen treffen.

Erfreulicherweise konnte der Zentralvorstand feststellen, daß die Durchführung der internationalen Aufgaben Fortschritte macht. So konnten z. B. in den letzten Wochen den polnischen Patenschaften 1100 kg neuer Kleidungsstücke (12 Kisten) übermittelt werden. Die zur Zeit für die bulgarischen und rumänischen Patenschaften laufenden Kleidersammlungen werden sicherlich ein ähnliches Ergebnis zeitigen und den Opfern des weißen Terrors in jenen Ländern zeigen, wie die RHD. die internationale Solidarität praktisch betätigt. Das bisher Erreichte genügt aber noch nicht. Die RHD. muß alle Anstren-

gungen machen, um mit den politischen Gefangenen und den übrigen Opfern des weißen Terrors in Rumänien, Bulgarien, Polen, Litauen usw. ebenso gute Beziehungen herzustellen, wie es in den letzten Jahren bei den politischen Gefangenen und ihren Angehörigen in Deutschland geschehen ist.

Der 2. Reichskongreß faßte einen grundsätzlichen Beschluß, der eine bedeutende Festigung der Gesamtorganisation bringen

den Genossen und Genossinnen, die Gelegenheit haben, an dieser Schule teilzunehmen, die Möglichkeit geben, sich auf allen Gebieten der Rote Hilfe-Tätigkeit eingehend zu schulen, so daß uns nach Abschluß der Schule eine Anzahl befähigter Funktionäre zur Verfügung stehen wird.

Die einzelnen Kurse haben die Aufgabe, den Teilnehmern einen Ueberblick über die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung zu geben, die geschichtliche



Die Gemeindeversammlung in Harthau beschloß auf Antrag der kommunistischen Vertreter, Straßen des Ortes nach den Vorkämpfern der Arbeiterklasse zu benennen. Es wurden eine Sacco-Vanzettistraße, eine Leninstraße, Karl Liebknecht-, Rosa Luxemburgstraße beschlossen. Unser Bild zeigt die Leninstraße und die Karl Liebknechtstraße in Harthau im Erzgebirge.

wird. Ab 1. Januar 1928 müssen alle Bezirke 80% ihrer Einnahmen (ausschließlich Literatur) an den Zentralvorstand abführen. Die Zentralkasse übernimmt alle Ausgaben für Unterstützung, Rechtsschutz, Kinderheime, zentrale Propaganda usw. Den Bezirken bleiben in Zukunft noch 20% zur Deckung der örtlichen und bezirklichen Ausgaben. Dadurch wird das gesamte Finanzwesen der RHD. auf eine neue Grundlage gestellt. Die größten Bezirksorganisationen hatten dieses Ziel schon am 1. Oktober 1927 erreicht. Ja, die Verwaltungsausgaben des Bezirks Berlin-Brandenburg betragen zu diesem Zeitpunkt nur noch 13%. Der Zentralvorstand hat sich mit der Durchführung dieses Beschlusses entsprechend der Lage in den einzelnen Bezirken eingehend beschäftigt und dazu konkrete Maßnahmen beschlossen.

Ein anderer Beschluß des 2. Reichskongresses: **Durchführung einer Roten Hilfeschule**, beschäftigte den Zentralvorstand bereits in seiner letzten Sitzung. Die 2. Plenarsitzung hatte zur Bearbeitung dieser Frage eine Kommission bestimmt, deren Plan von der 3. Plenarsitzung mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen wurde. Der umfangreiche Schulplan wird

Bedeutung der revolutionären Kämpfe zu erkennen und alle Hilfsmöglichkeiten auf politischem, juristischem, charitativem Gebiet zu überblicken. Gleichzeitig werden die Teilnehmer geschult für Rechtsauskünfte, Anfertigung von Eingaben an die Behörden, Entwicklung journalistischer Fähigkeiten und für Durchführung aller Arbeitsgebiete der Roten Hilfe.

In Anlehnung an die ab 1. Oktober durchgeführte Erhöhung der Unterstützungssätze der politischen Gefangenen und ihrer Frauen hat der Zentralvorstand beschlossen, ab 1. Januar 1928 auch eine **Erhöhung der Kinderunterstützung** vorzunehmen.

Die Entwicklung der RHD. erlaubte dem Zentralvorstand, wichtige Entscheidungen zu fällen, die sich sicherlich im Laufe der nächsten Monate wiederum im Interesse unseres Kampfes gegen die Klassenjustiz, gegen den weißen Terror und für die uns anvertrauten Kämpfer auswirken wird. Jeder Rote Helfer, der daran mitarbeitet, hilft nicht nur mit, die vom Klassenfeind geschlagenen Wunden zu heilen, sondern erfüllt auch ein Stück geschichtlicher Aufgabe.

Bezirkskonferenz der R. H. Saargebiet.

Am Sonntag, den 27. November 1927 fand in Saarbrücken die Bezirkskonferenz der Roten Hilfe des Bezirks Saargebiet statt. Fast alle Ortsgruppen waren durch Delegierte vertreten. Einige Vertreter befreundeter Organisationen begrüßten die Konferenz und sagten im Namen ihrer Organisationen der Roten Hilfe bei der Durchführung ihrer Aufgaben tatkräftigste Unterstützung zu.

Der Vertreter des Zentralvorstandes hielt ein Referat über „den internationalen weißen Terror und die Aufgaben der R.H.D.“, gab einen umfassenden Ueberblick über das Wüten der Reaktion in allen kapitalistischen Ländern an der Arbeiterklasse. An vielen Einzelbeispielen zeigte er die Brutalität, mit der man die revolutionären Kräfte zu zermürben sucht, auf-

Aus den Angriffen des Kapitals gegen das Streik- und Koalitionsrecht leitete der Referent die Aufgaben der Roten Hilfe ab.

Der erstattete Kassen- und Geschäftsbericht zeigte, daß im Saargebiet besonders günstige Bedingungen für einen Ausbau und eine Erstarbung der Roten Hilfe-Organisation vorhanden sind.

Die nach den beiden Referaten sehr rege einsetzende Diskussion zeigte die bisherigen Mängel und Schwächen der Saargebietsorganisation sehr deutlich auf, zeigte aber auch deutlich den Weg für ihre Beseitigung.

Bei den Wahlen zum Bezirksvorstand wurden sieben aktive Genossen vorgeschlagen und von der Konferenz einstimmig gewählt.

Zur Beitragsfrage wurde beschlossen,

ab 1. Januar 1928 folgende Beiträge festzusetzen:

Für im Betrieb beschäftigte Mitglieder pro Woche 0,50 Fr.,

für erwerbslose Mitglieder pro Monat 0,50 Fr.

Der „Rote Helfer“ soll im Saargebiet zum Preise von 0,50 Fr. verkauft werden. Jedes Mitglied wurde verpflichtet, den „Roten Helfer“ zu lesen; in Familien, in denen mehrere Mitglieder der RH. vorhanden sind, soll ein Exemplar gehalten werden.

Die Novemberkonferenz des Saargebietes war die erste nach der Loslösung des Bezirks von Baden-Pfalz. Sie hat die Möglichkeit aufgezeigt und die Grundlage geschaffen zum Aufbau einer in den Massen fundierten Rote Hilfe-Bezirksorganisation des Saargebiets.

Von unserer Rote Hilfe Korrespondenten.

Berlin-Brandenburg. Die Ortsgruppen der Rote Hilfe beteiligten sich fast restlos an den Vorbereitungen zur Feier des 10jährigen Bestehens der Sowjet-Union. In 17 öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen mit künstlerischem Programm, die von den R.H.-Ortsgruppen selbstständig durchgeführt wurden, kam die gewaltige Sympathie für das Werk des russischen Proletariats zum Ausdruck. Im übrigen beteiligten sich die Rote Hilfe-Gruppen fast restlos aktiv an den Veranstaltungen der KPD und des RFB. In allen Ortsgruppen fanden Mitglieder-versammlungen der Roten Hilfe statt, von denen nur ein Tagesordnungspunkt „Zehn Jahre Sowjet-Rußland und die Rote Hilfe Deutschlands“ behandelt wurde.“

Die schon im Oktober begonnene Winterhilfe-Aktion für die Angehörigen der politischen Gefangenen und Gefallenen, wurde auch noch im Monat November weitergeführt. Einzelne Ortsgruppen hatten dabei außerordentlich gute Ergebnisse zu verzeichnen. Jede von der RH. unterstützte Frau sollte 10 Zentner Kohlen und 2 Zentner Kartoffeln, sowie jedes zur Familie gehörende Kind einen halben Zentner Kartoffeln erhalten. Das gesteckte Ziel ist so ziemlich erreicht; insgesamt sind durch die diesjährige Winterhilfesammlung bisher 787 Zentner Kohlen und 101 Zentner Kartoffeln zusammengekommen, so daß bis jetzt fast alle Familien mit Kohlen und Kartoffeln beliefert sind.

Mitte November setzte die Weihnachtshilfe-Sammlung ein. Zur Vorbereitung derselben wurden in vielen Ortsgruppen öffentliche Mitglieder-versammlungen einberufen, in denen Lichtbildervorträge besonders über die Kinderheime gehalten wurden.

Westachsen. Die im Oktober an sämtliche Gemeinden verschiekten Amnestieanträge brachten uns noch einige Erfolge. In den Gemeinden Schmölln, Gautsch, Witznitz und Brandis wurden dieselben angenommen. Es zeigte sich aber, daß in einer großen Anzahl von Gemeinden die soz. Abgeordneten gegen die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen stimmten. Wir werden natürlich noch Gelegenheit nehmen, in diesen Orten die gesamte Einwohnerschaft auf diese Tatsache aufmerksam zu machen.

Zur Vorbereitung der Winterhilfs-Sammlung fanden in sämtlichen Arbeitsgebieten Konferenzen statt. In diesen sowie in der Groß-Leipziger Funktionär-Konferenz wurde ausführlich zu den Methoden der Arbeit Stellung genommen. Jeder Funktionär versprach, trotz der I. A. H.

behördlich genehmigten Sammlung alles daran zu setzen, damit der Erfolg ein voller wird.

Zur Steigerung der Aktivität unserer Genossinnen, veranstalteten wir eine Frauenkonferenz. In ihr wurde die besondere Rolle der Frauen in der RH.-Arbeit behandelt. In einer regen Aussprache zeigten einige Genossinnen, wie sie vor allem als Kunden in ihren Geschäftsbekanntkreisen wirksame Sammlungen durchführten. Es kann gesagt werden, daß die Konferenz Früchte tragen wird.

Die Regsamkeit der Ortsgruppen im Versammlungsleben ist erfreulich. Es fanden 5 öffentliche Werbeabende statt, in denen zum Teil der neue Lichtbildervortrag „Die Kinderheime der R. H. D.“

Wasserkante. Im Bezirk ist der Genosse Hermann Scheffert, der Vorsitzende der Ortsgruppe Neumünster, Gefangenen-Beirat für die Landesstrafanstalt in Neumünster. In mustergültiger Weise erfüllt dieser Genosse seine Pflicht als Gefangenen-Beirat. Im Laufe der letzten 1 1/2 Jahre hatten wir wiederholt politische Gefangene in der Strafanstalt Neumünster, z. Zt. befinden sich noch ein Genosse aus Hamburg dort in Straftat. Gen. Scheffert hat diesen Genossen stets in jeder Beziehung zur Seite gestanden. Es gibt keinen politischen Gefangenen, den Gen. Scheffert nicht unmittelbar nach seiner Einlieferung besuchte. War erst die Verbindung hergestellt, dann hielt Genosse Scheffert sie bis zum Tage der Ent-



Der Neuruppiner Bilderbogen der RHD ist wieder zum Preise von 15 Pfg. bei allen Funktionären und Literaturoblenten der RH zu haben

Verwendung fand. — In der Zeit vom 11. bis 16. November veranstaltete die Gruppe Leipzig-Ost des Arbeiter-Radio-Bundes eine Radio-Ausstellung. Durch Vereinbarung erhielten wir 3 am Ausstellungsraum zur Verfügung gestellt. Da die Ausstellung stark besucht war, erreichten wir durch diese Propaganda Kreise, die sonst nicht von uns erfaßt werden.

Niedersachsen. Der Monat November war ausgefüllt mit der Durchführung der Soermus-Konzerte und der Vorbereitung zur Winterhilfssammlung. Die Erfolge der Konzerte — es wurden 9 Konzerte in Hannover gegeben — waren nicht die, die erwartet wurden. Besonders die beiden Konzerte in Hannover gestalteten sich zu einem Minus für die Ortsgruppe Hannover. Dies lag wohl weniger an der Organisation als wie an der Zeit, in der die Konzerte gegeben wurden. Wie schon des öfteren mußte man die Erfahrung machen, daß Konzerte oder Veranstaltungen gleicher Art nicht Ende des Monats und anfangs der Woche stattfinden sollten. Im Bezirk selbst gestalteten sich die Konzerte an verschiedenen Orten zu machtvollen Kundgebungen für die RH. So in Bielefeld, Vlotho und Lemgo, in der die Säle fast überfüllt waren. Die Hoffnung, die der Bezirk Vorst. auf die schon im vorigen Bericht besprochene Soermus-Konzert-Zeitung legte, hat sich erfüllt. Ohne ihre Herausgabe wäre der Besuch in Hannover noch schlechter gewesen.

An drei Orten gelang es unseren Genossen in den Stadtverordneten- und Gemeindevorstandssitzungen Anträge auf Unterstützung der Kinderheime der RH. durchzubringen. In Wolfenbüttel 100 M., in Sieker II 50 M. und in Ronnenberg 10 M. Es ist zu erwarten, daß andere Orte diesem Beispiele folgen.

lassung aufrecht. Nicht nur mit den Gefangenen, sondern auch mit den Angehörigen der Gefangenen suchte Gen. Scheffert Verbindung. Er ging beim Besuch mit ihnen in die Anstalt und war stets deren

*) In der von der KPD. veranstalteten Ausstellung „Zehn Jahre Sowjet-Rußland“ ist von der Roten Hilfe eine besondere Rote Hilfe-Abteilung eingerichtet, die propagandistisch einen guten Erfolg für uns bedeutet. Von den bisherigen 18 000 Ausstellungsbesuchern haben sehr viele der Aufforderung des Gefangenen in der Kerkerzelle Folge geleistet und durch eine Geldspende unser Solidaritätswerk unterstützt.



Der Warteraum der Rechts-Auskunftsstelle der RH Wasserkante in Hamburg

Achtung! Februar Nummer bringt Preisausschreiben! Näheres in der nächsten Nummer



Die Lebensmittelabteilung



Die Kleiderabteilung

Weihnachtssammelstelle der R. H. Berlin-Brandenburg

Berater. Alle Genossen, die als politische Gefangene in der Strafanstalt Neumünster gewesen sind, haben erfahren, was es bedeutet, einen Gefangenen-Beirat zur Seite zu haben, der sich seiner Pflicht bewußt ist. Als Vorsitzender der Ortsgruppe Neumünster erfüllt Genosse Scheffert ebenso seine Pflicht. Unter seiner Führung ist die Ortsgruppe entstanden und aufgebaut.

Am 1., 2. und 3. Dezember fanden in Hamburg und Altona Heinrich Vogeler-Ausstellungen, verbunden mit Lichtbildervorträgen Heinrich Vogelers statt. Die Vorbereitung war gut. Vier Wochen vorher wurden bereits die Teilnehmerkarten ausgegeben. Entsprechende Plakate wurden die gleiche Zeit über ausgehängt in den Verkehrslökalen der Arbeiterschaft und in einer Anzahl Geschäfte. Für die Straßenpropaganda wurde ein Propagandawagen angefertigt in Form einer 2 m hohen Säule. Diese Säule ist auf allen 4 Seiten mit den Parolen „Rote Hilfe tut not“, „Werde Mitglied der Roten Hilfe“ und „Lest den Roten Helfer“ versehen.

Leider konnten wir diesen Wagen erst an den Tagen fahren lassen, an denen die Veranstaltungen stattfanden, da die Polizeibehörde drei Tage gebrauchte, um ihre Entscheidung über die Zulassung zu geben. Dann wurde diese auch nur beschränkt erteilt, entgegengesetzt zu allen sonstigen Propagandafahrzeugen, indem nur außerhalb der Baumelle in Straßen, in denen nicht die Straßenbahn fährt, gefahren werden darf.

Verbunden mit der Vogeler-Ausstellung war eine Propagandamaterialausstellung des Bezirksvorstandes. Die Ausstellung war sehr gut organisiert und machte auf die Besucher werbenden Eindruck.

Die vom Bezirksvorstand eingerichtete Rechtsauskunftsstelle, die jeden Freitag von 5 bis 7 Uhr geöffnet ist, findet regen Zuspruch. Es wird durchschnittlich an 20 bis 30 Personen Auskunft in allen Rechtsfragen erteilt; nötigenfalls werden Schriftsätze kostenlos angefertigt.

Die Winter- und Weihnachtshilfe ist Anfang November eingeleitet, nachdem am 30. Oktober 4 Arbeitsgebietskonferenzen stattgefunden hatten, die von den Ortsgruppen gut besucht waren. Das Ergebnis verspricht so wie im vergangenen Jahre zu werden.

Im November hat ein Funktionärkursus für Groß-Hamburg begonnen. Die Ortsgruppen wurden veranlaßt, Teilnehmer in entsprechender Anzahl zu benennen. Dieser Aufforderung ist der größte Teil der Ortsgruppen im Hamburger Gebiet und engster Umgebung nachgekommen. Von 36 Funktionären, die am ersten Abend anwesend waren, nehmen jetzt 22 regelmäßig an den Abenden teil. Von den 36 Teil-

nehmern des ersten Abends waren 8 freiwillig. Es sind bis jetzt 5 Abende abgehalten, der Kursus findet am Dienstag jeder Woche statt und umfaßt 13 Abende.

Anfang Dezember fanden 5 gut besuchte Kundgebungen in Lübeck, Glückstadt, Rendsburg, Hamburg und Geesthacht statt. In allen Kundgebungen wurden zahlreiche Neuaufnahmen gemacht. Der Literaturumsatz war ebenfalls gut.

Niederrhein. Der Monat November stand ganz im Zeichen der Winterhilfe. Nach der innenorganisatorischen Vorbereitung durch Funktionär- und Mitgliederversammlungen ging es an die praktische Massenarbeit. Wir wollen ein paar bisherige Ergebnisse anführen. Die Belegschaft des Betriebes Schöndorf-Düsseldorf sammelte bis jetzt 170 Mark. Dieses Resultat ist umso beachtenswerter, da die Betriebsbelegschaft zu 75 Prozent aus sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären und zu 100 Prozent aus Gewerkschaftskollegen besteht. Unsere dortige Rote Hilfe-Betriebsgruppe verteilte einen Brief des Bezirksvorstandes, der besonders an die sozialdemokratischen Klassengenossen gerichtet war — und sie haben Solidarität mit den politischen Gefangenen und deren Frauen und Kindern geübt, entgegenesetzt der verleumderischen und arbeiterfeindlichen Politik ihres Partei-Vorstandes. Es ist jetzt die wichtigste Aufgabe unserer Schöndorf-Betriebsgruppe, die Agitation und Propaganda unter den sozialdemokratischen Arbeitern zu steigern und sie in sachlicher und kameradschaftlicher Art und Weise zu aktiven Roten Helfern zu machen.

Weiter spendeten die Blocks des RFB. Wersten-Düsseldorf, Düsseldorf-Oberbilk, -Derendorf 50 M. für die Weihnachtshilfe. Der Block Düsseldorf-Altestadt spendete nach einem Lichtbildervortrag über zaristische Kerkerkreuel 60 M. für die politischen Gefangenen. Es fanden noch etliche Lichtbilder-Vorträge über die Kinderheime der Roten Hilfe statt, um auf diesem Wege der Agitation den Gedanken der Solidarität in die Massen zu tragen.

Auf 3 Arbeitsgebiets-Konferenzen wurden die Fragen des Aufbaues und Ausbaues der Arbeitsgebiete behandelt, sowie die Frage der Steigerung der Winterhilfe- und Weihnachtsaktion.

Mittelrhein. Im Monat Oktober wurde Umsatz an Beitragsmarken von 20 000 erzielt, das ist die Höchstzahl, die bisher im Bezirk Mittelrhein erreicht werden konnte.

Es ist besonders erfreulich, daß die unlängst aus dem Gefängnis entlassenen Genossen Karl Braunaachen und Wilh. Pinnecke-Hennef sich mit großem Eifer in den Dienst der Roten Hilfe gestellt haben. Der Genosse Braun hat im Unterbezirk Aachen in einer Reihe gut besuchter Versammlungen gesprochen. Der Genosse Pinnecke hielt in verschiedenen Orten im Unterbezirk Koblenz Lichtbildervorträge, die einen glänzenden Erfolg hatten.

Der Umsatz an Zeitungen „Der Rote Helfer“, der in den letzten Monaten schon ständig stieg, betrug diesen Monat über 4500 Exemplare.

Als ein nennenswerter Fortschritt kann auch die Neugründung zweier Ortsgruppen im Bezirk bezeichnet werden. In ganz kurzer Zeit haben diese beiden Ortsgruppen eine wesentliche Mitgliederzahl gewonnen und gleichzeitig einen recht guten Funktionärkörper geschaffen, der zu den besten Erwartungen berechtigt.

Im Auftrage der hiesigen Gauleitung des RFB. hielt ein Genosse von der Roten Hilfe in den einzelnen

Abteilungsversammlungen des RFB. Vorträge über das Thema: „Wie verteidigt sich der Proletariat vor Gericht?“ Auch diese Versammlungen zeitigten einen sehr guten propagandistischen Erfolg.

Hessen-Waldeck. Die im Vormonat begonnene Weihnachts- und Wintersammlung wurde mit allen vorhandenen Kräften fortgesetzt.

Da sämtlichen Funktionäre mit den Sammlungen vollauf belegt sind, ging der Verkauf von Broschüren und Roten Helfern im Berichtsmonat etwas zurück. Es hält schwer, gute Funktionäre heranzubilden und hofft der Bezirksvorstand diesem Uebel abzuhelfen, indem die vom Zentralvorstand beschlossene Durchführung von Funktionärkursen nach der Weihnachtsammlung abgehalten werden. Die von der kommunistischen Stadtverordneten-Fraktion beantragte RH-Beihilfe wurde gegen die Stimmen der KPD. und SPD. vom Magistrat abgelehnt.

Hessen-Frankfurt. Unter den Sammlungen im November ist besonders das Ergebnis der Kartoffelsammlung in dem Dorf Dietzenbach hervorzuheben. Dort haben vier bis sechs Genossen in wenigen Tagen 90 Zentner Kartoffeln gesammelt. Indem sie systematisch von Haus zu Haus gingen, haben sie fast das ganze Dorf an der Sammlung interessiert. Der Erfolg blieb nicht aus; sie konnten einen ganzen Waggon mit Kartoffeln ins Ruhrgebiet schicken.

Die Ortsgruppe Frankfurt berief zum 2. Dezember eine Protestversammlung gegen faschistische Uebergriffe in Frankfurt und gegen die ungerechte „Strafung“ von Reichsbannerleuten in München ein. Wenige Tage vor der Versammlung veranstalteten die Nationalsozialisten einen neuen Ueberfall auf Rote Front-Kämpfer, wobei sie den Genossen Neubig ermordeten. Die Versammlung, die von 1200 Personen besucht wurde, gestaltete sich zu einer eindringlichen Demonstration gegen die faschistischen Banden und den Terror auf den Straßen Frankfurts.

Wie man mit Kommunisten umspringt, zeigt sich augenblicklich auch bei dem Genossen Krings, der hier im Gefängnis Preungesheim sitzt. Er wurde in Köln zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt. Jetzt ist er magerkrank und mußte ins Krankenhaus überführt werden. Dort sitzt Tag und Nacht an seinem Bett ein Schupbeamer, drei Mann in 24 Stunden. Fluchtverdacht kann nicht als Begründung angeführt werden, denn der Genosse hat zwischen seiner Strafzeit bereits einmal Urlaub erhalten. Es handelt sich um eine reine Schikane, die auf Anordnung des Oberreichsanwalts geschieht.

Der RH-Korrespondent hatte vor einigen Tagen Gelegenheit, die Familie Scherer in Kreuznach zu besuchen und möchte, wo er gerade von den Schweinereien gegenüber den Genossen Krings gesprochen hat, noch einmal den Fall des Gen. Scherer ins Gedächtnis der Roten Helfer zurückrufen. Dieser Genosse wurde, 2 Jahre alt, wegen antimilitaristischer Tätigkeit zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach 2 Jahren Haft ist er — es war vor zirka 2 Jahren — an Lungen- und Darmtuberkulose gestorben. Der Gefängnisarzt in Wiesbaden, ein Herr v. Mehnen, bezeichnete ihn stets als Simulanten und hielt es nicht für nötig, etwas gegen die Krankheit zu tun. Nur dadurch, daß der Genosse ins Mainzer Gefängnis gebracht wurde, kam er ins Krankenhaus. Wie den Eltern, die noch heute ganz erschüttert sind, mitgeteilt wurde, wäre er, wenn er einen Monat früher ins Krankenhaus gekommen wäre, wahrscheinlich noch zu retten gewesen. Auf die Anfrage, welche die KPD. im preußischen Landtag an das Staatsministerium gerichtet hat, ist geantwortet worden, daß die Polizeibeamten, die den Genossen Scherer an die Franzosen verraten haben, disziplinarisch bestraft worden seien (sie sind heute noch im Dienst), daß aber gegen den Gefängnisarzt kein Anlaß zum Einschreiten gegeben sei.

Regelmäßig

am 15. eines jeden Monats erscheint
ab 15. Januar im 3. Jahrgang

Mopr

Zeitschrift für Kampf und Arbeit
der „Internationalen Roten Hilfe“

Die Januar-Nummer bringt äußerst interessantes Material,
welches jeder Roter Helfer in seiner täglichen Kleinarbeit
benötigt • Preis jeder Nummer (32 Seiten) 20 Pfg.

Zu beziehen durch alle Ortsgr. und Bezirksvorstände der RH oder
Mopr-Verlag, G. m. b. H., Berlin NW 7, Dorotheenstr. 77-78